

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
zeile ober deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Beiträge
und Bekanntmachungen 25 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 22. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Klassenscheidung im Merkantilismus.

Unter der Parole „gegen das Kapital“ lehnte das Zen-
trum früher das kapitalistische Eigentum ab und stigmati-
sierte es als ein „heidnisches“. Das geschah zu einer Zeit, da
es gegen den Militarismus als „die Geißel Deutschlands“
donnerte und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht
für alle deutschen Bundesstaaten, in erster Linie für Preußen
verlangte.

Im Gegensatz zur liberalen Raubsucht und Wirtschaftsana-
archie schloß man die Merkantilen in „christlichen Sozialismus“,
und so zünftlerisch reaktionär dieser im Grunde sein möchte,
so gab er doch ein gutes Narkotikum ab, die Opposition der
Bauern, Handwerker und Arbeiter in die alleinseligmachende
Fahrstraße des Merkantilismus zu leiten.

Seit Beginn der Vier Jahre wiegen im Zentrum die
Interessen des Kapitals vor und geben seiner Politik das
Gehör. Es ist nicht von ungefähr, wenn wir bei der engen
Verbindung des Zentrums mit der römischen Kurie und seiner
Bedeutung für den Merkantilismus der Welt den Anfangs-
punkt dieser Entwicklung durch zwei päpstliche
Kundgebungen gekennzeichnet finden, die beide — ebensowenig
von ungefähr — den Sozialismus vernichten.

Doch auch die erste dieser Kundgebungen legt dafür Zeug-
nis ab, daß Leo XIII. dem Kapitalismus mit vollen Händen
zu geben bereit war. Er erhebt hier gegen die Sozialisten
den Vorwurf, sie hätten nicht auf „immerfort zu erklären,
alle Menschen seien von Natur aus einander gleich“.

Hier wird unzweifelhaft auf das Prinzip des feudalen
und jeden Wirtschaftsmonopols überhaupt zurückgegriffen:
auf die Ungleichheit im Recht, bedingt durch die Ungleichheit
der „Stände“, was in der Ära der kapitalistischen Pro-
duktion nur heißen kann: durch die Ungleichheit des Besitzes.

So kam das Zentrum zu jener „prinzipiellen“ Unterlage,
die ihm zu den homogenen Eigenschaften verhalf, Banner-
träger der kapitalistischen Raub- und Erpresserpolitik, appor-
tierender Reichslafai und Klopffischer aller Reaktion zu sein.

einzu schmuggeln versuchte, die Arbeiterschaft mit den Skor-
pionen des Ausnahmezustandes züchtigte, um ihr mit ein paar
Versicherungsgeboten den blutenden Rücken zu streicheln.
Keine Partei hat mit der Narretei des deutschen Dezember-
mannes mehr Unfug getrieben, keine hat sich dem aufkeimen-
den Absolutismus aufdringlicher an den Hals geworfen als
das Zentrum. Mit freivoller Spekulation auf persönliche
Lauten und plötzliche Stimmungen hat es seit Jahren mit
dem Schlagwort gespielt, das heute Wahrheit wird: die
Zentrum und Monarchie, die Demokratie und Revolution.

Zu Grunde genommen ist das gut so. Der „christliche
Sozialismus“ wurde zermittelt, als die kapitalistischen Inter-
essen im Zentrum vorzuherrschen begannen. Aber er hinter-
ließ einen Erben, der direkt seinen Lenden entsproß: die
christliche Arbeiterbewegung. Es ist an und für sich ja ver-
ständlich, wenn die Merkantile Arbeiterschaft im Gegensatz zum
„liberalen atheistischen“ Kapital an die historisch gegebene
Ideologie anknüpfte. Und wenn, wie auf der vergangenen
Kortalkonferenz zu Düsseldorf mitgeteilt wurde, die frei
organisierten Arbeiter im letzten Jahr in Rheinland und West-
falen 51 000 Mitglieder gewannen, so kann man sich eigentlich
wundern, daß die Ueberwindung der alten Ideologie inner-
halb der Arbeiterschaft so schnell von statten geht.

Marxisten auch die christlichen Arbeiter noch im Ge-
folge ihrer schärfsten politischen Gegner, so haben sie doch die
gewerkschaftliche Organisation gegen den Willen ihrer geist-
lichen und politischen Drahtzieher durchgesetzt. Aus dem
ursprünglichen konfessionellen Wischmasch-
verein, aus diesem die konfessionelle
Fachabteilung, aus dieser die interkon-
fessionelle Gewerkschaft heraus. Die Natur des
Lohnkampfes zwang dazu, die Organisation der christlichen
Gewerkschaften genau nach dem Muster der freien Gewerks-
schaften zu gestalten; gerade die beiden größten christlichen
Verbände, der Textil- und Bergarbeiter, sind dafür berechtete
Zeugen.

Schon daraus ergibt sich seitens der Merkantilen Arbeiter
die Ablehnung des kapitalistischen Eigentumsmonopols. Wohl
hat die angebliche Unvereinbarkeit des Kollektivbesitzes mit
den katholischen Anschauungen herhalten müssen, die Gründung
der Sonderorganisationen zu rechtfertigen. Aber wenn sie
heute in Tarifverträgen das Geißel erblicken, so dokumentieren
sie damit auf der anderen Seite, daß sie konstitutionelle
Fabrikverhältnisse anstreben, daß sie von einer schranken-
losen Ausnutzung des Eigentums nichts wissen wollen.

derungen mit den Bedürfnissen einer 5—6köpfigen Arbeiter-
familie. „Der Mann soll so viel verdienen, daß er seine ganze
Familie ernähren kann; er soll nicht auf den Verdienst seiner
Frau angewiesen sein müssen, die ihm vielleicht durch ihre
billige Arbeitskraft noch obendrein Konkurrenz macht.“ So
schrieb 1900 der „Rheinische Weber“. „Es gibt“, sagt Dr.
Müller in dem erwähnten Werk, „kaum einen unter den christ-
lichen Gewerksvereinen, der nicht wiederholt die Berechtigung
eines Familienlohnes zur Grundlage seiner Lohnforderungen
gemacht hätte.“ Nach oben aber hat demselben Verfasser
zufolge dieser Familienlohn keine Grenze: „In der heutigen
Wirtschaftsordnung, wo der Erwerbstätigkeit grundsätzlich
keine wirtschaftlichen Schranken gesetzt sind, geht es nicht an,
für den Arbeiter solche errichten zu wollen, wenn man gleich-
zeitig dem Unternehmer, Handwerker erlaubt, „so viel zu er-
werben als er kann.“

Der Zwang, gewerkschaftliche Gebilde auf der Grundlage
der Berufsinteressen ins Leben zu rufen und die Ablehnung
des kapitalistischen Monopols drängen die christlichen Gewerks-
schaften zu einer Auslegung der Demokratie, die der kirch-
lichen zuwiderläuft. Der Versuch, ihnen die sogenannte „christ-
liche Demokratie“ aufzupropfen, sie unter die ausgeprägteste
Leitung der Bischöfe zu stellen, die berufliche in der kirchlichen
Organisation aufgehen zu lassen, dieser anfangs der Bewirk-
lichung nahe und nach dem Frankfurter Kongreß wiederholte
Versuch ist fehlgeschlagen. Gessichtlich trägt man zwar noch
eine Servilität nach oben zur Schau, die man für ein not-
wendiges Inventar der praktischen Nützlichkeit des „Erreich-
baren“ hält. Es wird aber damit geben wie mit der „natür-
lichen Harmonie“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
die man unlängst noch pries, um jetzt an ihr zu verzweifeln.
Nach der gewerkschaftlichen Harmoniedufelei werden unsere
Herrschenden den christlichen Arbeitern auch die politische
Harmoniedufelei anstreiben, „den sozialen Ausgleich der
Stände“. Mögen die christlichen Arbeiter die politische Ver-
tretung ihrer Interessen bisher noch in bürgerlichen Parteien
suchen, so viel begreifen sie nachgerade doch, daß sie ohne
den Besitz demokratischer Rechte, wirklicher Volksrechte, nicht
existieren können. Jeder ernste Angriff auf das Koalitions-
recht wird sie auf den Plan rufen und mehr noch die An-
griffe auf das Wahlrecht, das nicht nur die Ergänzung des
Koalitionsrechtes ist, sondern die politische Projektion der Ge-
werkschaftsdemokratie. Vom Standpunkte des Bauern und
des Handwerkers aus ist die scholastische Anschauungsweise
des Junk- und Feudalstaates dem Kapital gegenüber konse-
quent. Das zur Herrschaft gelangte Kapital, das von über-
lebten Wirtschaftsformen nichts mehr zu befürchten hat,
macht sie sich zumute, nicht nur um das Privat-
eigentum an den Produktionsmitteln zu rechtfertigen,
sondern, um das Existenzrecht des Arbeiters in
das Existenzminimum der Unfall-, Invaliden-
und Altersrenten in jene spezifische kapitalistische Form des
öffentlichen Almosens zu sperren, die das öffentliche Almosen
zum weitaus überwiegenden Teil auf die Arbeiterschaft
selber abwälzt. Auch die christliche Arbeiterschaft beginnt zu
begreifen, daß ihr mit der Scholastik des Kapitalismus nicht
gedient ist, und je prinzipieller die Taktik der Sozialdemo-
kratie, um so mehr fördert sie diesen Entwicklungsprozeß.
Aber um tiefeingewurzelte Ideologien zu zerstören, bedarf es
der Stürme, die die wirtschaftlichen Grundlagen der Ideologie
entwurzeln, und daß diese Stürme sich deutlich ankündigen,
das begrüßen wir.

Die Revolution in Rußland.

Der Generallstreik beginnt!

Moskau, 20. Dezember. Das soziale Leben stößt infolge des
allgemeinen Ausstandes. Der Betrieb der elektrischen Straßenbahn
ist eingestellt. Die oberen Bureaubeamten des Gemeinderates und
des Semstwo legten heute mittig die Arbeit nieder. In einer An-
zahl größerer Fabriken ist der Betrieb eingestellt; 50 000 Arbeiter
feiern. In keiner Druckerie wird gearbeitet, morgen erscheinen keine
Zeitungen. Morgen werden auch die meisten Schulen geschlossen und
die Schüler bereits in die Weihnachtsferien entlassen werden. Die
Weinverkaufsstellen sind geschlossen. Die Vereinigung
der Ingenieure ist dem Ausstande beigetreten. Die Bank-
angehörigen werden wahrscheinlich morgen in den Ausstand
treten. Da die elektrischen Zentralfunktionen nicht ar-
beiten, ist die Stadt ohne Beleuchtung. Theater und Klubs
sind geschlossen. In den Postbureaus mißte der Be-
trieb infolge mangelnder Beleuchtung abends eingestellt werden;
ein Kongreß der Post- und Telegraphenbeamten beschloß, sich dem
allgemeinen Ausstande anzuschließen. Viele Käden
wurden bereits mittags geschlossen, andere wurden abends, als die
elektrische Beleuchtung ausblieb, geschlossen.

Heute nacht wurden viele Führer der Arbeiter und Arbeiter-
deputierte verhaftet. Versammlungen von Ausständigen wurden
durch Kosaken auseinandergetrieben.

Die Drucker der Druckerei von Sitin, dem Verleger des
„Russe Slowo“, nahmen heute Sitin und die Redakteure des
„Stowo“ fest und stellten in der Druckerie die erste Nummer
der Zeitung des Arbeiterdeputiertenrates her,
welche einen Aufruf an das Volk enthält, die bewaffnete
Revolution zu organisieren. Das sozialdemokratische Blatt
„Worba“, das einen revolutionären Aufruf enthält, ist
beschlagnahmt worden. Die hiesigen Vertreter des

Verband der Verbände beschlossen, sich dem Auslande anzuschließen, um die Revolution des Proletariats zu unterstützen.

Petersburg, 20. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Streikkomitee der Beamten der Nikolausbahn hat beschlossen, morgen mittag den Ausstand zu erklären.

Warschau, 21. Dezember. Das Komitee der Petersburger Eisenbahner hat den Warschauer Eisenbahner die Mitteilung zu gehen lassen, daß der Ausstand heute um Mitternacht beginnen werde. Auch die hiesigen Feuerwehrlente sind gestern in den Ausstand getreten. Kavalleriepatrouillen durchziehen die Straßen. Die Handelsleute erklären, daß der Handel vollständig darniederliege.

Petersburg, 20. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie aus Moskau gemeldet wird, sind seit heute mittag die Angestellten aller dortigen Bahnen im Ausstand; alle Ausständigen sind bewaffnet. Der Generalgouverneur hat über die Stadt den Zustand des verstärkten Schutzes verhängt.

Jelaterinsk, 20. Dezember. Auf der Jelaterinskaja-Eisenbahn ist der Generalstreik proklamiert worden. Jeglicher Verkehr stockt.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt die folgende Privatdepesche aus Petersburg:

Da das hiesige Exekutivkomitee des Arbeiterkonseils von Moskau abhängig ist, so ist der Beginn des hiesigen Generalstreiks erst auf heute mittag festgesetzt worden. Noch finden sich aus dem Lager der Freiheitsbewegung Stimmen, wie die des Professors Mikulow, welche den Arbeiterkonseil vor diesem Schritt warnen, bevor es zu spät ist. Denn Mikulow spricht offen die Versicherung aus, der Streik werde scheitern, weil die Arbeiter streikmüde seien. Ebenso hat sich Peter Struwe in einem gestern gehaltenen Vortrag offen über die Machtlosigkeit der Revolutionspartei geäußert und hervorgehoben, daß der Telegraphen- und Poststreik der Sache der Revolution mehr geschadet als genützt habe.

Die Unkenrufe der liberalen Herren werden natürlich keinen Einfluß auf die kämpfenden Proletariatsmassen haben. Der Stein ist im Rollen!

Der Rat der Arbeiterdeputierten hat sein Blatt herausgegeben, in welchem er zum sofortigen Kampf gegen die Regierung auffordert und erklärt, daß dieser Kampf fest beschlossen sei und auch nicht der letzte sein werde. Weiter heißt es in dem Aufruf:

„Die Regierung aber wirft in diesen Kampf ihre letzten Faktoren, die Armee und die Finanzen, hinein. Die Würfel sind gefallen! Wir nehmen diesen Kampf auf, denn die Regierung Wüttes ist nicht imstande, ihr zweideutiges Spiel weiterzutreiben. Das Verbot von Zeitungen und die Arreste zeigen, was die Regierung beabsichtigt. Die Reaktion Wüttes hat den Kampf vorzeitig heraufbeschworen. Auf ihn komme das Blut der Unschuldigen, das fließen muß! Wir erklären den Generalstreik! Kampf bis zum letzten Blutstropfen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Dezember.

Worte und Taten der Freisinnigen Volkspartei.

In einer Protestversammlung gegen die Tabaksteuer in Sprottau, in der Genosse Kiesel-Berlin referierte, nahm auch der Reichstags-Abgeordnete Müller-Sagan, der Vertreter des Wahlkreises Sagan-Sprottau, das Wort, um eine fulminante Rede gegen die neuen Steuerentwürfe, sowie gegen Militarismus und namentlich die Kolonialpolitik zu halten. Nach dem Berichte des „Sprottauer Wochenblattes“ sagte er u. a.:

„Was die Ausgaben für Heer und Marine betrifft, so könne man dieselben ja zwar nicht ganz entbehren; man solle sie aber auf das notwendigste Maß beschränken. Und nun unsere Schutzgebiete in Afrika! Diese gerade sind es, welche uns am schwersten belasten, für die wir Hunderte von Millionen in einem Jahre hingeben haben, um Krieg mit den Hereros führen zu können. Die Schutzgebiete sind nicht so viel wert, daß wir auch nur die Zinsen aus denselben wieder herauszuschlagen könnten. Was haben wir dort zu gewärtigen? Vor ein paar Tagen habe ein Scheinrat im Reichstage versucht, die Verhältnisse in Südwestafrika als glänzend hinzustellen, und er habe dies damit begründet, daß er erklärte, man könne dort auf 2 Hektar ein Schaf halten. (Stürmisches Gelächter.) Nun, da könne es sich ja jeder leicht selber ausrechnen, wie viele Hektar man besitzen müsse, um leben zu können. Da gehörten Hunderte von Hektaren dazu; man müsse ja der reinste Großgrundbesitzer sein.“

Einem solch demagogischen Volksversammlungsradikalismus gegenüber ist es denn doch notwendig, die freisinnige Volkspartei nach ihrem parlamentarischen Auftreten zu charakterisieren!

Herr Müller-Sagan erklärte also zunächst in Sprottau, daß man zwar die Ausgaben für Heer und Marine „nicht ganz“ entbehren könne, daß sie aber auf das „notwendigste Maß“ beschränkt werden müßten. Danach sollte man doch wohl erwarten dürfen, daß Herr Müller-Sagan im Reichstage sich gegen die neue Flottenvorlage ausgesprochen hätte, die jährlich 70 Millionen Mark mehr fordert. Man sollte das umsomehr erwarten dürfen, als im Jahre 1900 die freisinnige Volkspartei die Flottenvorlage abgelehnt hat. Wenn die Partei vor fünf Jahren das Fünfmilliarden-Gesetz ablehnte, so fordert es doch die Logik, erst recht jetzt die das Geschick umstürzende neue Vorlage abzulehnen, die nicht viel weniger als die Bewilligung der sechs Milliarden verlangt. Die freisinnige Volkspartei besitzt aber keine politische Logik! Da sich inzwischen ein erheblicher Teil ihrer Abgeordneten zur Flottenschwärmerei durchgemauert hat, begehrt die ganze Partei einen totalen Umfall und tritt nunmehr für die Flottenverfälschungen des neuen Flottengesetzes ein! Und Herr Müller-Sagan selbst, der noch vor einigen Wochen in der „Deutschen freien Presse“ die Flottenschwärmerei seines Fraktionskollegen Eichhoff zuerst ableugnete und dann — nachdem Herr Eichhoff selbst diese Heuchelei durchkreuzt — belämpfte, unterzog sich im Reichstage der Aufgabe, die Zustimmung der Fraktion zu der Flottenvorlage zu begründen. Er führte dabei einen allerliebsten Eierlang aus, aber schließlich blieb ihm doch nichts anderes übrig, als die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage auszusprechen. So erklärte er in der Reichstags-Sitzung vom 9. Dezember zunächst, daß seine Fraktion die Deplacementsvergrößerungen der Linienschiffe ebenso betrachte, wie die Geschützfrage. Es seien das nur Fragen der Technik, sei die Schiffsvergrößerung (die pro Schiff 12 Millionen Mark mehr Kosten verursacht) notwendig, so dürfe Deutschland nicht hinter den anderen Staaten zurückbleiben! Die Forderungen für Verleumdungen mit Unterseebooten werde seine Partei ebenfalls bewilligen, desgleichen die Vermehrung der Torpedoboot-Divisionen. Nachdem er dergestalt die Zustimmung zu fünf Sechsteln der Regierungsforderungen ausgesprochen, behandelte er die Frage der 6 neuen Auslandskreuzer als eine noch offene, wobei er aber deutlich genug durchblicken ließ, daß seine Partei auch diesen Rest der Vorlage bewilligen werde, wenn in der Kommission die be-

rühmten Nachweise ihrer Notwendigkeit geliefert würden! So also saß in Wirklichkeit die freisinnige Volkspartei, Herr Müller-Sagan an der Spitze, die Beschränkung des Marinismus auf das „notwendigste Maß“ auf. Herr Tirpitz kann sich keine willfährigeren Werkzeuge wünschen! Und dabei erklärte Herr Müller-Sagan noch in derselben Sitzung, daß der deutsche Handel sich trotz der Flotte entwickelt habe und daß die Flotte die „Seereisen“ höchstens gegen Kleinstaatlen schützen könne!

Genau so wie mit der Flottenpolitik der Freisinnigen Volkspartei steht es auch mit ihrer Kolonialpolitik. Erst erklärte Herr Müller-Sagan am 9. Dezember, daß aus Südwest-Afrika niemals auch nur die Zinsen für die 300 Millionen, die der Krieg bereits gelostet habe, herausgewirtschaftet werden könnten, und dann versicherte er die Regierung der Zustimmung seiner Partei für die geforderten neuen Ausgaben. Wie Herr Müller-Sagan hatte es auch schon dessen Fraktionskollege Kopsch am 2. Dezember gemacht. Erst deklamirte er pathetisch, „Unser Volk ist kolonialmüde“ und „Ist ganz Südwest-Afrika ein blühendes deutsches Menschenleben wert“, und dann erklärte er namens seiner Fraktion die Bewilligung der Kolonialforderungen!

Und das stellt sich dann in Volksversammlungen hin und donnert — mit einem Demagogon des gleichen Kalibers, dem Zentrumsmann Erzberger um die Wette — gegen die Unsinngkeit der Kolonialpolitik!

Die italienische Krise.

Rom, 18. Dezember. (Fig. Ver.)

Mit 258 gegen 190 Stimmen hat die italienische Kammer dem Ministerium Fortis ihr Vertrauen bestätigt, um gleich darauf das von demselben Ministerium vorgeschlagene Zollabkommen mit 293 gegen 185 Stimmen zu verwerfen. Theoretisches Vertrauen und praktisches Mißtrauen haben sich in der sonntäglichen Abstimmung vom 17. auf das trefflichste vertrugen, genau wie dies am 20. Juni geschah, als die Mehrheit die Eisenbahnliquidationen vertwarf, aber dem Kabinett ihr „Vertrauen“ aussprach. Wenn es nach dem Wunsch einiger Ministerien gegangen wäre, so hätte man auch diesmal aus der Verwerfung des Handelsabkommens keine politischen Folgen abgeleitet, so hätte man unterschieden zwischen dem Vertrauen für das Ministerium und dem Mißtrauen für sein Tun — und Fortis wäre weiter am Ruder geblieben. Dazu hat sich aber der Ministerpräsident doch nicht hergegeben. Er hat ohne Umschweife erklärt, daß er auch für die Abstimmung über das Zollabkommen die Vertrauensfrage stelle und ist hier gründlich, aber auch ohne Verlogenheit unterlegen.

Vom Kabinett Fortis kann man sagen, daß es gerade an dem zugrunde gegangen ist, was die Gewähr seiner Existenz zu sein schien: an seiner farblosen, programmlosen Mehrheit. Diese Mehrheit war das Aleranprachstlofeste, was man sich denken kann. Sie verlangte kein Programm, keine Folgerichtigkeit — sie beanspruchte nichts weiter als ministeriell sein zu dürfen. Und nun muß gerade das Kabinett Fortis auf ein Zollabkommen mit Spanien verfallen, das seinen Vestgeheimten das Ministeriellsein unmöglich macht. Die ewig ministerielle Mehrheit sah sich nämlich in der bösen Situation: es entweder mit dem Ministerium oder mit ihren Wählern zu verderben. Vor diese Wahl gestellt, zogen die meisten es vor, das Ministerium zu opfern.

Und so ist das vorläufige Zollabkommen mit Spanien, das für dieses Land die Meistbegünstigungsklausel anwendbar machte, durch die verweigerte Bestätigung des Parlaments annulliert worden. Die spanischen Waren unterliegen von heute an wieder den allgemeinen Zollsätzen, was für die spanischen Weine, um die es sich hier vor allem handelt, einen Zoll von 20 anstatt 12 Lire für den Hektoliter bedeutet. Ob wirklich der Minimaltarif von 12 Lire für die italienische Produktion verhängnisvoll werden konnte, darüber hat selbst die lange Diskussion keine Klarheit ergeben. Sicher ist, daß die blinde, jeder Argumentation unzugängliche Panik, die dieser Tarif auf den Märkten verbreitete, verhängnisvoll zu werden drohte. Mit Recht wies der Abgeordnete Ritti (radikal) darauf hin, daß diese Panik allein genüge, um eine Situation von ungeahntem Ernst heraufzubeschwören, da in allen Krisen das psychologische Element eine ausschlaggebende Rolle spielt. In dieser Hinsicht muß man sagen, daß die Nichtbestätigung des Zollabkommens eine Wohlthat, ja vielmehr ein Akt der Selbstbehaltung war. Das Abkommen ist einer Art Lynchjustiz zum Opfer gefallen. War es denn aber an all den bösen Dingen schuldig, die man ihm vorwarf? Das bleibe hier unentschieden — fest steht, daß nur sein Untergang die Gemüter wieder beruhigen konnte. In Apulien, wo Tausende von Soldaten zum Aufrechterhalten der Ruhe zusammengezogen waren, hat man das Votum der Kammer mit ungeheurem Jubel aufgenommen.

Wenn die Beängstigung in Apulien — dessen schwerkörperlichen Provinzen man eine gewisse Nervosität zugute halten muß — durch die tatsächliche spanische Konkurrenzgefahr nicht in vollem Maße gerechtfertigt war, so ist für die grundlose Panik in erster Linie die unkluge Art der Veröffentlichung des Dekrets verantwortlich. Man hat sich gar nicht um die psychologische Verfassung der Leute gekümmert, sondern sie ruhig vor den Kopf gestoßen. Auch ist eine übergroße Empfindlichkeit Apuliens dem bloßen Gedanken einer Konkurrenz auf dem inneren Marke gegenüber erklärlich, einmal durch den Umstand, daß jetzt die ganze Produktion dieser Provinzen sich im Weinbau erschöpft und dann durch den kostspieligen Transport, dem die apulischen Weine unterliegen und der vielfach höher ist als die Verfrachtung per Dampfer aus Spanien. All diese Umstände und ihr psychologisches Korrelat konnten der Regierung nicht verborgen sein.

Die sozialistische Fraktion hat durch ihren Redner, den Genossen Agnini, den die Intoleranz und Ungeduld der Kammer nicht zu Ende kommen ließ, folgende Tagesordnung vertreten:

„In Erwägung, daß das Zollabkommen sowohl wegen seiner heimlichen und dem Zeitpunkt nach schlecht gewählten Stipulierung als auch, weil es nicht als eine Anbahnung einer den Interessen der Konsumenten Rechnung tragenden Zollpolitik gelten kann, die Billigung der Kammer nicht verdient;

in Erwägung ferner, daß die allgemeine Politik des Ministeriums den wirtschaftlichen und moralischen Interessen des Landes verderblich ist: geht die Kammer zur Tagesordnung über.“

Setzen ist wohl in einer Zollfrage die sonst stets den Sozialisten obliegende Vertretung des Interesses der Konsumenten so wenig berechtigt wie in dieser. Eine Verbilligung des Weins (guter Tischwein kostet im Detailverkauf 40—50 Centesimi pro Liter) ist sicher — wenn überhaupt — erst wünschenswert nach einer Verbilligung des Brotes, des Futters und der übrigen Nahrungsmittel. Verbilligung des Weins allein würde, wenn auch die Landleute einiger Landstriche dabei gewinnen, im allgemeinen nur zu einer Vermehrung der Delinquenz führen.

Was die Aussicht über den Ausgang der Krise betrifft, so läßt sich folgendes darüber sagen: Der neue Kabinettschef muß, wie man sich hier ausdrückt, im Rahmen der jetzigen Mehrheit gewählt werden, d. h. er muß ein Liberaler a la Fortis und Giolitti sein. Das Vertrauensvotum als Sterbesakrament schließt es aus, daß der König einen Oppositionellen, etwa Sonnino, mit der Kabinettsbildung betraut. Am nächsten liegt es, Fortis selbst wieder zu berufen, aber dieser, wenig kampflustig und ohne Ehrgeiz, scheint keine Neigung zu

haben, sein Episkurderdasein durch Regierungsforgen weiter zu verkleinern.

Sonnino spricht man von Giolitti, Villa und sogar von Marcora, dem radikalen Fraktionschef, der sich, seit er Kammerpräsident ist, neue und herzliche Antipathien erworben hat. Es wäre leichtsinnig, heute eine andere Prophezeiung zu wagen als die, daß die Krise lang und schwierig und ihr Endergebnis ein Mißgeschick sein wird ähnlich dem soeben verendeten Kabinett. Für die Sozialisten hat die Frage der ministeriellen Nachfolge nur ein recht beschränktes Interesse.

Deutsches Reich.

Kolonialer Systemwechsel?

Eine Berliner Korrespondenz weiß, wie wie dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, allerdand über einen „kolonialen Systemwechsel“ zu erzählen. Man beabsichtigt künftig nach englischer Vorbild die Kolonisation zu betreiben, deshalb habe man auch Herrn v. Lindquist nach Südwestafrika entsandt. Dadurch werde auch künftig verhindert werden, daß Männer ohne die entsprechenden Kenntnisse und Eigenschaften in den Kolonien verwendet würden, wie das bisher eine „günstige verwandtschaftliche Konjunktur“ nur zu oft ermöglicht habe.

Das klingt einstuweisen nicht allzu wahrscheinlich. Der neue Kolonialsekretär, Prinz Hohenlohe-Langenburg, ist doch gerade alles andere, nur kein Kolonialkenner. Zudem hat doch gerade auch er seinen Posten einer „günstigen verwandtschaftlichen Konjunktur“ zu danken!

Ferner erzählt die Korrespondenz, der Kaiser selbst hat in letzter Zeit ein ganz besonderes Interesse für unseren Kolonialbesitz, seine Entwicklung und seine Zukunft bezeugt. Der Kaiser hat sich genau über alle hier in Betracht kommenden Fragen unterrichten lassen, sowohl durch zahlreiche Vorträge wie durch persönliches Studium des betreffenden Materials. Und er hat dabei eigenen Aussprüchen die Einigkeit gewonnen, daß es immer noch an der genügenden Anzahl von Männern fehle, die geeignet wären, einen engeren Anschluß unserer nicht-europäischen Dependenz an das deutsche Mutterland herbeizuführen. Er habe ferner dem festen Willen Ausdruck gegeben, daß in Zukunft nicht nur die horrenden Geldausgaben vermieden werden müßten, die die letzten Anstöße verursacht haben und noch verursachen werden, sondern vor allem auch, daß nicht wieder so viel deutsches Blut in Kämpfen eingelegt werden dürfe.

Wenn der langen Rede kurzer Sinn der sein soll, daß unsere Kolonialpolitik künftig voraussichtlich sparsamer wirtschaften werde, so fehlt uns für eine solche Voraussicht jeder Glaube! Auch das „englische System“ der Kolonialpolitik erfordert tiefe Opfer. Der Wille zur Sparsamkeit mag zehnmal vorhanden sein, allein die Dinge sind stärker als der gute Wille. Der kapitalistische Kolonialpolitik treiben will, muß auch koloniale Ausbeutungspolitik treiben, die Eingeborenenaufstände hervorruft, deren Niederwerfung dann Unsummen verschlingt. Will man solche Opfer nicht bringen, so muß man schon auf die Kolonialpolitik überhaupt verzichten!

Die Zentrums-Agrarier gegen die Erbschaftsteuer. In Rempen fand dieser Tage eine Versammlung des rheinischen Bauernvereins statt, in der Freiherr v. Los die Erbschaftsteuer in jeder Form verwarf. Der dem Centrum angehörende Freiherr brachte die bekannten Gründe der agrarkapitalistischen Steuerdrückeberger gegen die Erbschaftsteuer vor, namentlich betonte auch er wiederum das famose Argument, daß die Landwirtschaft sich deshalb gegen die Erbschaftsteuer wenden müsse, weil diese Steuerreform den Grundbesitzern weniger Chancen zur Steuerermogelerei biete, als dem mobilen Kapital. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

„Die zu Rempen tagende Kreisversammlung des rheinischen Bauernvereins protestiert energisch gegen die Einführung von Erbschaftsteuern, welche die Erbschaften zwischen Ascendenten, Descendenten und Ehegatten zur Steuer heranziehen. Bei der Besteuerung der sonstigen Erbschaften ist zu fordern, daß den Erben landwirtschaftlich genutzter Grundstücke für die Entrichtung der Erbschaftsteuer eine ausgedehnte Ratenzahlung gewährt wird und daß ferner der Besteuerung nicht der gemeine Verkaufswert, sondern der Ertragswert zu Grunde gelegt wird.“

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ erwartet, daß das Centrum an dieser Rundgebung der Zentrums-Agrarier, die ja seine stiefste Stütze bildeten, nicht adios vorübergehen könne. Das Centrum wird wohl auch in der Kommission rechtzeitig umfallen. Desto mehr wäre es an der Zeit, daß die Zentrums-Arbeiter sich energisch rührten!

„Nichts abtrogen lassen!“

Den obigen scharfmacherischen Rat gibt die „Deutsche Tages-Ztg.“ der sächsischen Regierung. Nachdem sie einen Erguß des verrufenen Heßblattes, der „Leipziger Neueste Nachr.“, abgedruckt hat, in dem die sächsische Regierung bestraft wird, jede „Schwäche zu vermeiden“ und „der Gewalt mit der Gewalt zu begegnen“, fügt sie hinzu:

„Wir sind überzeugt, daß die sächsische Regierung nach wie vor dieses einzig wirksame „Gegengift“ anwenden werde. Sie muß aber auch den Schein vermeiden, als ob sie sich von den Straßendemonstranten irgendwie treiben oder einschüchtern lasse. Je unabweislicher sie ihre feste Entschlossenheit behauptet, um so ungeschicklicher werden die Versuche, die Agitation auf die Straße zu tragen! Daß dazu Nerven gehören, ist richtig; aber diese Nerven trauen wir den maßgebenden Männern in Sachsen zu, nicht nur dem Träger der Krone, nicht nur dem leitenden Minister, sondern auch seinen Amtsgenossen, insbesondere dem Finanzminister Dr. Rügner, der sich um Sachsen in den letzten Jahren so ausgezeichnete Verdienste erworben hat.“

Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß man seiner Zeit wieder einen Versuch macht, das Wahlrecht zu reformieren, bezweifeln aber stark, ob dieser Versuch gelingen werde. . . . Wogegen wir uns aber aufs entschiedenste wenden müssen und wovor wir aufs dringendste warnen, das ist eine nicht in der Sache liegende Verschleppung der Angelegenheit, die als ein Triumph der Gasse, der Masse und der Hege aufgeföhrt werden könnte und nur als solcher wirken würde.“

Wir trauen der sächsischen Regierung trotz alledem noch so gesunde Nerven zu, daß sie das Gegenteil von dem tun wird, was der Leipziger und Berliner Schornmaderflügel empfiehlt. Wir geben diese Freistimmen nur wieder, um dem Proletariat zu zeigen, welche bodenlose Unerschämtheit sich die Verdrunderer und Steuerdrückeberger gegen die arbeitende Klasse herauszunehmen wagen. Wenn die Herren Landhändler in Berlin zusammenkommen, um ihre fettgeschwollenen Äheln heiser zu „schreien“, wenn sie im Jirrus Wuch an die nicht ganz willfährigen Regierungsveteräre die stillstuhende Aufforderung ergeben lassen, die Minister könnten ihnen sonst was“, so betrachten sie es als ganz selbstverständlich, daß die Regierung ihnen umgeben das beim Besuch der Amor-Säle erleichterte Portemonnaie durch Liebesgaben und Steuerschöpfungen der frommenden Massen füllt. Wenn aber die schämlich entredete Arbeiterklasse die Gewährung der elementarsten Bürgerrechte fordert, so soll sich die Regierung „nichts abtrogen lassen“ und lieber einmal mit den blauen Bohnen da zwischen pfeffern!

Altenburger Staatsweidheit.

Im Landtag des Sachsen-Altenburger Landes kam es vorgestern zu einer hochkomischen Szene. Es kam die vom Genossen Horn-Kahla eingebrachte Interpellation zur Beantwortung: „Welche Gründe sind der Regierung maßgebend gewesen, dem Wirtze der

Deutschland die Bewirkung der Delegierten des Jenaer Parteitag...
Nachdem Horn kurz seine Interpellation begründet hatte, erhob sich im Bewußtsein seiner Würde majestätisch Sachsen-Altenburgs wohlweiser Minister, mit Namen v. Borries, und erklärte:

Ein Besitz des altenburgischen Staates dürfe nicht den Interessen des sozialdemokratischen Parteitag dienlich gemacht werden; fernermalen die Sozialdemokratie international sei. Wo in der Welt ein Feind und Widersacher des Deutschen Reiches entstehe, dem nicht die sozialdemokratische Partei zu und sympathisiere mit ihm. Daraus zeige sich der Unterschied zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der anderer Länder. Wohin man sonst blicke, überall stehe das internationale Interesse höher als das Parteinteresse. Das sei das offizielle Gesicht der Sozialdemokratie, in der der Arbeiter das geringste Wort führe, wo es vorkommende Elemente, wie z. B. Rosa Luxemburg, die russische Jüdin (Abg. Käppler: Jil Preußin) zu Macht und Ansehen gebracht hätten. Ob es Rosa Luxemburg gelungen ist, die preussische Staatsangehörigkeit in letzter Zeit zu erhalten, weiß ich nicht, sollte es der Fall sein, so wäre es nur zu beklagen. Wir sehen, wie die offiziellen Vertreter der Sozialdemokratie die Zwangsfrage über die deutschen Arbeiter stellen, und es ist wunderbar, daß sie es sich gefallen lassen, und das in dem Staate, der die besten Wohlfahrtsanstalten hat.

Also sprach er und setzte sich — und im Kreise ringsum blies stumm, denn jeder fühlte die große historische Bedeutung dieses Moments. Der „Simplicissimus“ sollte sich dieses hübsche Motiv für eine Illustration nicht entgehen lassen — vielleicht mit Ogensterns belanntem Ausspruch als Motto.

Wir vermögen die ganze Sache nur humoristisch aufzufassen, und haben bisher geglaubt, daß auch jedem anderen vernünftigen Menschen, ganz gleich welchen politischen Glaubensbekenntnisses, die kuriose Altenburger Staatsaktion nur in solchem Lichte zu erscheinen vermöchte — doch wir haben uns, wie wir zu unserer Beschämung gesehen, wieder einmal getäuscht und die Qualität der Berliner Freisinnigkeit überhäuft. Die „Post. Ztg.“ fügt nämlich ihrer kurzen Notiz über die Antwort des Herrn v. Borries den Satz hinzu: „Uns deucht, betreffs der Leuchtenburg sei der Sozialdemokratie nicht schlecht heimgeleuchtet worden.“ Armer Berliner Freisinn, wie bist du auf den Hund gekommen! —

Freisinnige Sozialpolitik.

Rach der „Hilfe“ machte der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Kopsch in einem Vortrage, den er am 7. Dezember im wirtschaftlichen Schutzbund in Harburg hielt, höchst eigenartige Ausführungen über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Nach einem Bericht des freisinnigen „Hamburger Fremdenblatts“ hat Herr Kopsch gesagt:

Wenn das Koalitionsrecht für Landarbeiter und für das Gefolge nicht bestehe, so habe der Gesetzgeber für die Ausschließung dieser Arbeiter seine guten Gründe gehabt. So würde zum Beispiel das gesamte Volk zu leiden haben, wenn der Landarbeiter während der Ernte einen Streik beginnen dürfte und die Ernte infolgedessen verderbe. Es dürfe nicht zugegeben werden, daß das Interesse eines Standes über das der Gesamtheit gesetzt werde, darum sei es auch ein Übel, beispielsweise den Eisenbahnarbeitern und Beamten das Koalitionsrecht zu gewähren. Zur Abstellung etwa vorhandener Mängel sei für diese die Behörde oder das Parlament da. . . .

Den Arbeitgebern müsse das Recht der Klage zustehen, wenn Verträge einseitig gebrochen würden, und sie müßten sich am Verhandlungsvermögen der Kontraktbrüchigen schadlos halten dürfen. Dieses wäre das beste Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Die „Hilfe“ findet es schon sehr seltsam, daß Herr Kopsch in einem Verbands, der eine sozialistische Klassenpolitik gegen die Arbeiter betreibt und unter ähnlichen Umständen steht, überhaupt gesprochen habe. Seine Ausführungen selbst nennt das Blatt „geradezu ungläublich“. Ob wohl die freisinnigen Arbeiter Veranlassung nehmen werden, sich mit Herrn Kopsch auseinanderzusetzen? —

Eine vom christlichen Gewerkschaftskomitee in Frankfurt a. M. einberufene Versammlung nahm nach einem Vortrage des Gewerkschaftssekretärs Weder eine Resolution an, in der es heißt:

Die Versammlung erblickt in den Steuervorschlägen, mit Ausnahme der Erbschafts- und Automobilssteuer, nicht nur eine bedeutende Mehrbelastung der minderbemittelten Volksklassen, sondern auch eine schwere Bedrohung der Frau- und Tabakindustrie und erwartet daher vom Reichstage, daß er denselben seine Zustimmung verweigert.

Die Versammlung protestiert ferner mit Entschiedenheit gegen die Ausführungen des Ministers v. Rheinbaben bezüglich der Verträge der Arbeiter an die Gewerkschaften, die jedes Verständnis für die Lage der Arbeiter vermissen lassen. Soweit die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen, bringen sie die Opfer an ihre Gewerkschaft gerne, da sie überzeugt sind, daß nur durch dieselbe die Gleichberechtigung auf den verschiedensten Gebieten zu erlangen ist.

Die „christlichen Parteien“ im Reichstage mit Einschluß des allerchristlichsten Zentrums werden sich durch derartige lahme Resolutionen nicht im mindesten abhalten lassen, nach einigem Sträuben für die Tabak- und Biersteuer einzutreten. Das Zentrum hat stets den Wünschen der Geistlichkeit und der katholischen Agrarier eine größere Bedeutung beigemessen, als denen der „christlichen“ Industriearbeiter; und es wird in dieser Frage keinen anderen Weg einschlagen, fernermalen auf die seinem frommen Banner folgenden Arbeiter die Jesuitennote zutrifft. Religion — gut, Begriffsvermögen — schwach. —

Dem Vaterlande alles! Die Leipziger Studentenschaft ist nicht nur in Worten und Beschlüssen groß, sie hat auch Taten aufzuweisen. Man denke, ganze fünfundsiebenzig Mann haben die patriotischen Jünglinge als Weidmännchen für die südwestafrikanischen Soldaten aufgebracht, d. h. immer etwa je zehn der Herren haben zusammen einen nicht getrunkenen Schoppen auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht. Bei solcher Opferfreudigkeit kann es Deutschland sicher auch nicht mehr lange an der von den Leipziger Studenten unlängst votierten größeren Flotte fehlen! —

Demonstrationsfurcht. Im Münsterland der Junfer, dem medienburgischen Lande, herrscht in den sogenannten mahagenden Kreisen die sonderbare Furcht, daß die medienburgischen Arbeiter dem Beispiel der sächsischen folgen und auf der Straße für die Einführung eines Landtagswahlrechtes demonstrieren könnten. Das auch den Arbeitern eine Vertretung sichert. Wie dem „Hamburger Echo“ berichtet wird, hatten für den letzten Sonnabend bzw. Sonntag die Sauerländer Regierungstruppe ganz besondere Vorkehrungen getroffen. Das Militär hatte Befehl, die Häuser am Sonnabend nicht zu verlassen und sich (auch in der Nacht) bereit zu halten. Es wurden vier Kompanien in Arzberg mit scharfen Patronen ausgerüstet und dieselben dahin instruiert, daß keiner event. in die Luft springen dürfe. Diejenigen, bei denen dies festgestellt werde, würden zehn Jahre Festung erhalten. Anderen Dienst als diese Instruktion hatten die Soldaten an diesem Tage nicht. Die Posten waren vom Sonnabendmittag bis Sonntagmittag doppelt, zum Teil mehrfach besetzt.

O Schilda, du mein Vaterland! —

Dresdens neuer Ehrenbürger. Einen recht eigenartigen Gesandten schickten die „Volksovertreter“ des Dresdener Stadtparlaments. Sie haben sich den Minister v. Meißel zum Ehrenbürger erkoren. Dem Auswärtigen des ehrsamem Dresdener Bürgerkrieg wurde gestern mittag durch eine sächsische Deputation der „Ehrenbürgerbrief“ der Stadt Dresden in feierlicher Weise überreicht. In diesem weitbedeutenden Dokument heißt es, daß

Herrn v. Meißel die große Ehre zuteil wurde, „in dankbarer Würdigung seiner zielbewußten und gerechten Leitung der inneren Verwaltung, eingebunden der von ihm unter Wahrung der Selbstverwaltung der Gemeinden durchgeführten Ausgestaltung des Verwaltungsrechtes in unserem Vaterlande, in Anerkennung auch seiner besonderen Verdienste um unsere Stadt!“ Ein prächtiger Beitrag zur Charakteristik des deutschen Bürgertums. —

„Wegweiser zum Zukunftsstaat“ nennt sich eine neue „sozialistische Wochenchrift“, die seit kurzem in Berlin erscheint. Das Blatt ist so provokatorisch geschrieben, daß es direkt die Frage herausfordert: welche Personen stecken hinter dieser „sozialistischen“ Gründung? So liest man z. B. in der Nr. 2 des Bisches über die Fleischnot:

„Hat der Arbeiter es nicht in seiner Hand, wenn er sich schon das Fleisch abgewöhnen muß, auch den besitzenden Klassen das Fleisch zu entziehen, indem er einfach die Arbeiten verweigert, die erforderlich sind, dem Reich das Fleisch zugänglich zu machen? Wäre es nicht Aufgabe und Pflicht des Parteivorstandes, der Fraktion, in Verbindung mit den Vorständen der betreffenden Gewerkschaften, die Schritte zu prüfen, die erforderlich sind, um in wirklich energischer Weise gegen die Fleischverknüpfung vorzugehen, als mit einer von vornherein ausichtslosen Interpellation, mit nutzlosen Resolutionen Zeit und Kräfte zu vergeuden?“

Ferner über Wilhelm II.:

„Wir in Deutschland leiden in dieser Beziehung an einer merkwürdigen Kurzsichtigkeit. Die vom Kaiser berufenen Vertreter erkennen wir voll an, dadurch, daß wir im Parlament mit ihnen arbeiten. Hinten herum aber suchen wir den Löwen des Monarchismus durch Nadelstiche in kleinlicher Weise zu reizen. Das ist nicht sozialdemokratisch, das ist nicht vornehm. Wir wissen, daß Wilhelm des Zweiten machtvollste Persönlichkeit hinter den durch die Verfassung vorgeschobenen Ministern steht, und auf diese entladet sich die ganze Wucht der schärfsten Kritik. Denjenigen aber, der hinter diesen Männern steht, suchen wir durch kleinliche Seitenhiebe auf jede mögliche Art und Weise zu kränken, ohne daß es irgend welchen Zweck hat.“

Endlich über die Flottenvorlage äußert sich das Blatt, das übrigens in auffälliger Weise die auf die Flottenvorlage bezüglichen Riffen fälschte und von 165 Millionen Gesamtkosten statt 800 Millionen, ebenso wie von 20 Millionen jährlicher Mehrausgaben statt 70 Millionen spricht, folgendermaßen:

„Und wollen wir ehrlich sein, so ertappen wir uns dabei, daß wir uns in unserem Inneren sagen müssen, der am besten Gerüstete hat den Frieden in seiner Hand. Diese Tatsache ist in den letzten Jahren zur Genüge zur Geltung gekommen. Und da es uns Sozialdemokraten vor allem daran liegen muß, Kriege zu verhüten, so können uns auch alle Mittel recht sein. Das schlimmste wäre es nicht, wenn ein Sozialdemokrat einmal für die Bewilligung einiger Kriegsschiffe stimmen würde, zumal, wenn immerhin ein Vorteil, sollte es auch nur ein winziger sein, dabei für den Arbeiter herauskäme.“

Leute, die sich dem Bahn hingeben, durch solchen Wadstun den deutschen Arbeiter verwirren zu können, müssen auf dem geistigen Niveau der Polizeipolizei stehen. Als Sozialdemokraten können wir den Witz nur dem Papierkorb widmen. Aber als Steuerzahler fragen wir: aus welchen Fonds wird diese neue dummdreiste „Unternehmung“ gegen die Sozialdemokratie gespeist?

Gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Die deutsche Arbeitererschaft agitiert nach Kräften gegen die geplante weitere Belastung ihres Konsums und hat in den letzten Tagen in den verschiedensten Städten Protestversammlungen abgehalten:

In Gera fand eine Versammlung statt, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante und als Gegengewicht dem Reichstage vorgelegte Erhöhung des Tabakzollens, wie auch der Tabaksteuer aussprach. In Magdeburg referierte in einer großen Versammlung Genosse Herr Wolfenbüttel. In Leipzig protestierten in einer Versammlung die Brauereiarbeiter. In Kellinghusen (Holstein) sprachen vor Tabakarbeitern die Genossen Elm und Hadelberg, in Kassel der Genosse Förster. —

Ausland.

Frankreich.

Sozialdemokraten gegen Meinungs-Freiheit?

Paris, 21. Dezember. (N. H.) Der wegen seiner antimilitaristischen Theorien bekannte Professor Hervé sollte am nächsten Sonntag vor einer größeren Anzahl von „Vaterlandslosen“ in Lens einen Vortrag halten. Die linker Abteilung der sozialdemokratischen Partei nahm nun gestern mit 63 gegen 5 Stimmen eine Resolution an, worin die Theorien Hervés gemißbilligt werden und derselbe ersucht wird, seinen Vortrag zu unterlassen.

Wenn die Depeche zutreffend berichtet, so müßten wir sagen, daß der Beschluß der linker Arbeiter recht bedauerlich ist und daß es gescheiter gewesen wäre, Hervé reden zu lassen und dann nach demokratischem Brauch mit ihm zu diskutieren. —

Die Trennung.

Im Hinblick auf das am 1. Januar 1906 in Kraft tretende Gesetz der Trennung von Staat und Kirche hat bereits die Justiz, die Kriegs- und die Flottenverwaltung verfügt, daß aus allen den betreffenden Reforts unterstehenden Gebäuden Kruzifixe, religiöse Gemälde sowie alle sonstigen äußerlichen Abzeichen religiöser Glaubensbekenntnisse zu entfernen sind.

Wenn der im Laufe von Jahrtausenden durch die Mächte der Finsternis verinnerlichte Aberglauben so leicht entfernt werden könnte wie jene äußerlichen Symbole, dann wäre kein Gesetz nach Art der französischen Separationsvorlage mehr nötig.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

37. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Dezember 1905 nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Verhandlungen gegen 5 1/2 Uhr.

Die Tagesordnung der letzten Sitzung vor Weihnachten ist sehr reichhaltig. Der Antrag Baumann betr. Lieferung von Bauungsplänen und Orientierungsskizzen an die Stadterordneten ist von dem niedergesetzten Ausschusse in modifizierter Fassung zur Annahme empfohlen und wurde ohne Diskussion angenommen.

Die Ausschussberatung des Entwurfs einer sächsischen Unterpflasterbahnlinie „Süd-Nord“ hat zu dem gegen eine Stimme gefassten Beschluß geführt, der Versammlung vorzulegen:

„Die Versammlung stimmt dem vorgelegten Entwurf für den Bau einer vom Kreuzberg nach der Müllerstraße führenden Unterpflasterbahn zu, erklärt sich damit einverstanden, daß die Stadt den Bau und Betrieb dieser Bahn übernimmt, und bewilligt zur Aufstellung der für die Bauausführung notwendigen Sonderentwürfe einen Betrag von 30 000 M., der vorzuschüssig zu buchen und bei der Bewilligung der Mittel für die Bauausführung selbst zurückzuführen ist.“

Im Ausschuss ist neben der Frage, ob die Stadt in eigener Regie bauen und die Bahn selbst betreiben solle, hauptsächlich die Ertragsberechnung Gegenstand eingehender Erörterung gewesen. Der von den sozialdemokratischen Mitgliedern beantragte Einheitspreis von 15 Pf. unter Fortfall der II. Wagenklasse wurde schließlich abgelehnt.

Ausschussreferent ist Stadtv. Dinske (N. 2.). Er hebt namentlich hervor, daß es darauf ankomme, daß die Stadt bei der Ausdehnung der Konzeption den staatlichen Instanzen gegenüber als Bau- bzw. Betriebsunternehmerin aufträte, während den kommunalen Körperschaften selbstverständlich die definitive Beschlußfassung darüber event. auch unter Mitwirkung des Gemeindevorstandes von 1900, völlig vorbehalten bleibe.

Von den Stadtv. Kronz und Genossen (Soz.) wird der Antrag auf Einführung nur einer Wagenklasse und des Einheitspreises von 15 Pf. wieder eingebracht.

In der Diskussion spricht sich Stadtv. Haberland (N. 2.) zwar für den Grundgedanken des Projekts aus, hat aber eine Reihe Bedenken gegen die Linienführung, die die Rentabilität des Unternehmens gefährde. Man solle nicht unter der Charlotten- und Markgrafenstraße, sondern unter der Friedrichstraße bauen, wenn die Konzeption dafür zu erreichen wäre. Letzteres sei aber nicht mehr aussichtslos, nachdem die Behörden auch dem Projekt der Untertunnelung der Leipzigerstraße neuerdings sich günstiger gezeigt hätten. Es müsse eine Zentralstation für die Kreuzung der künftigen 3 Untergrundbahnen geschaffen werden. Der Magistrat solle das Projekt Friedrichstraße wieder aufnehmen. Auf den Kostenpunkt könne es nicht ankommen.

Stadtbaurat Krause: Der Magistrat will in eine nochmalige Prüfung dieses Projekts eintreten und hat auch bereits mit den beteiligten Behörden sich benommen. Ohne Zweifel bietet die Friedrichstraße besonders in ihrem engeren Teile für die Anlage die größeren Schwierigkeiten. (Zustimmung.) Die größte ist die Unterführung unter der Weidenhammer Brücke, die immerhin sehr kostspielig wäre. Auch der unterirdische Zentralbahnhof ist sehr gründlich auf seine Ausführbarkeit untersucht worden, aber es sprechen die gewichtigsten Gründe gegen eine solche Anlage, die notwendigerweise eine Turmstation werden müßte. Sollten jedoch durchschlagende Argumente dafür geltend gemacht werden können, so wird der Magistrat nicht säumen, eine entsprechende Vorlage zu machen. (Beifall.)

Stadtv. Borgmann (Soz.): Wir wollen mit unserer Anfrage natürlich dem großen Werke keine Schwierigkeiten machen; solche werden sich ohnehin noch zahlreich genug einstellen, und die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die „Große Berliner“ alle Hebel in Bewegung setzt, um dem städtischen Projekt einen Querriegel zu machen. Für uns ist zweifellos, daß die „Große“ nichts schändlicher wünscht, als daß unser Projekt und ihr Untertunnelungsprojekt zusammengeknüpft würden; die daraus entspringenden Schwierigkeiten für uns werden sich bald zeigen, und ich will nur hoffen, daß die Begünstigungspolitik der Regierung für die „Große“ bei dieser Gelegenheit verlagert. Ein Berliner liberales Blatt hat gegen die städtischen Behörden den Vorwurf der Engbergigkeit erhoben, weil das „Nord-Süd“-Projekt keine Rücksicht auf die wirtsch. Verhältnisse der Vororte nimmt und der Vororte nehme. Uns liegt daran, gerade das Gegenteil hier zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.) Daß augenblicklich die städtische Verwaltung das Projekt gerade so und nicht anders vorgelegt hat, ist ganz natürlich; es gilt zunächst, innerhalb der Stadt Berlin das Projekt zur Durchführung zu bringen. Wir hoffen nur, daß die nördlichen und südlichen Vororte recht bald an die Stadt Berlin mit ihren Anträgen herantreten. Wir halten auch die Führung durch dr. Charlotten- und Markgrafenstraße für sehr glücklich. Die Friedrichstraße noch mehr zu belasten durch die Anlage von Eingängen zur Unterpflasterbahn ist tatsächlich nicht angängig. Bei den Truppenparaden, die die Friedrichstraße sehr oft sperren, würde die Bahn in dieser Straße ja auch gar nicht erreichbar sein und also ihrem Zwecke nicht dienen können. Unser Antrag ist im Ausschuss vom Oberbürgermeister mit der Ausführung bekämpft worden, daß die „theoretischen“ Erläuterungen der Denkschrift in dieser Beziehung nicht durchschlagende Bedeutung besitzen. Eine solche Wendung ist doch seltsam und wohl nur ein falscher Jungenschiß gewesen; jene Erläuterungen lassen deutlich erkennen, daß die Rentabilität der Bahn mit dem Einheitspreis rascher erreicht werden würde, als mit dem Jountarif und mit 2 Klassen. Letztere Tarifierung schafft für das Unternehmen keine Rentabilitätsgarantie, wohl aber für die Passagiere eine wesentliche Verteuerung. Von der Seestraße würde man nur bis zur Invalidenstrasse für 10 Pf. fahren können, bis zum Oranienburger Tor würde es schon 20 Pf., über 100 Proz. Aufschlag kosten; damit würde gerade dem Massenverkehr die Lebensader unterbunden. Das gleiche trifft für den Süden zu, wo die breite Masse vom Kreuzberg bis Gendarmenmarkt auch wieder schon 20 Pf. zu zahlen haben würde. Schon bei 21 800 000 Fahrten ist hier die Rentabilität garantiert, bei dem anderen System erst bei 28 Millionen. In der Mitte der drei Wagen könnte ja, um dem Abwanderungsbedürfnis gewisser Leute Rechnung zu tragen, ein Wagen als Nichtwanderwagen eingeschaltet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Jacobi (N. 2.): Daß die Stadt nicht selbst bauen wird, hat der Magistrat im Ausschuss bereits erklärt. Ich bin gegen jedes Monopol, verwerfe also auch das städtische Monopol. Wohin führt die Monopolwirtschaft? Man sieht es an der Eröffnung der Privatposten, an den geplanten neuen Verkehrsleistungen, an den verteuerten Eisenbahnreformen. Ich begrüße daher alle die neuen Projekte, die unseren Verkehr verbessern sollen, gleichviel von wem sie herrühren und ausgeführt werden. Mit dem 15 Pfennig-Einheitspreis würden wir ein finanzielles Fiasko machen. Stadtv. Rosenow (N. 2.): Nach der bisherigen Debatte dürfen wir auf die Annahme der unbedenklichen Vorlage hoffen. Herr Haberland vertritt, daß die Stadt zum Unterschneiden von dem kapitalistischen Privatunternehmer auch Verkehrsanlagen zu schaffen berufen ist, die keine oder zunächst keine Rente bringen. Die Linienführung im Zuge der Friedrichstraße hat tatsächlich nicht die ihr beizulegende Bedeutung, es handelt sich doch um Schnellverkehr. Verwunderlich ist uns der Standpunkt des Herrn Jacobi, daß der städtische Betrieb der Bahnen ein Unglück wäre, noch verwunderlicher die von ihm dafür verichtete Beweisführung. Das Monopol ist ihm doch bisher nicht lästig gewesen, so lange es sich tatsächlich nahezu gänzlich in den Händen der „Großen“ befand. (Sehr richtig!) Wir freuen uns besonders, daß auch die Sozialdemokraten der Vorlage zustimmen, selbst wenn ihr Antrag abgelehnt wird.

Stadtv. Cassel (N. 2.): Die Ausschussberatung hat den großen Vorteil gehabt, viele Kollegen von der Ausführbarkeit des Projekts zu überzeugen. Der sächsische Gesichtspunkt ist für uns insoweit maßgebend, als wir nur einem Projekt zustimmen können, das, wenn auch nicht sofort, aber doch nach geraumer Zeit eine Rente verpricht. Die Friedrichstraße-Trace ist unter diesem Gesichtspunkte nochmals zu prüfen, und das soll ja auch geschehen. Die Monopolfrage ist hier ohne Not hereingezogen worden; im übrigen würde ich ein privates Monopol für noch viel unerträglicher halten als ein städtisches. (Lebhafte Zustimmung.) Daß die Untertunnelung der Leipzigerstraße schon konzeptionell sein soll, vermag ich nicht zu glauben, da unsere Ausführung doch nicht erfolgt ist.

Oberbürgermeister Kirchner: Auch mein Ideal ist die ein-klassige Bahn; für jetzt ist aber die Bahn mit zwei Klassen zu erreichen. Die Verutung auf die Denkschrift ist insoweit nicht zugängig, als es eben die Frage ist, ob bei 10 und bei 15 Pf. die angenommene Frequenz dieselbe sein würde; auch wäre es die Frage, ob der 15 Pf.-Tarif dauernd aufrechtzuerhalten sein würde. Von Reinickendorf ist im Norden eine andere Trace südlichen Endpunktes. Wir haben nach beiden Seiten beruhigende Versicherungen abgegeben. Wir sind überzeugt, ein Werk zu schaffen, das uns und der Bürgerschaft zur Freude gereicht! (Lebhafte Beifall.)

Hierauf verzichtet die Stadtv. Ladewig (N. 2.), Haberland und Sachs auf Wort.

Stadtv. Jacobi polemisiert gegen Rosenow bezüglich der Monopolfrage.

Stadtv. Borgmann: Herr Jacobi weiß doch ganz genau, daß wir in Berlin einen wesentlich höheren Gaspreis haben würden, wenn wir nicht eigene Gaswerke hätten. Die Befürchtung, daß der Einheitspreis und dessen spätere Herabsetzung finanziell nachteilig

ein würde, wird durch die Erfahrungen auch der Postverwaltung widerlegt.

Damit schließt die Beratung. Der Antrag Krone fällt gegen die Stimmen der Antragsteller.

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 103 Stimmen einstimmig angenommen.

Der Errichtung einer

Künftigen zentralen Meldestelle

für die Zahl der freien Krankenkassen in den Krankenhäusern hat der niedergesetzte Ausschuss zugestimmt, die weitergehenden Wünsche auf Uebernahme des gesamten Rettungswesens auf die Stadt dagegen in einer Resolution zusammengefasst, wonach der Magistrat nach Errichtung der Meldestelle sofort in Verhandlungen treten soll wegen weiterer Uebernahme der Einrichtungen für das Rettungswesen in Berlin in städtische Verwaltung.

Peripheristatter ist Stadt Sach (A. L.): Die Uebernahme der Meldestelle soll schon am 1. Januar 1906 erfolgen. Mit schwerem Herzen haben wir uns gesagt, da zurzeit nicht mehr zu erreichen war. Die Berliner Kerkzeitschaft habe in der Frage einen doch zu erklüßenden Standpunkt eingenommen und die bisherige Vertätigung der Stadt auf diesem Gebiete in einer jüngst stattgehabten Versammlung ungebührlich herabgesetzt.

Stadt. Wehl (Soz.): Der Arzt, welcher in der erwähnten Versammlung jene „unqualifizierbaren“ Angriffe auf die Sanitätswesen usw. gerichtet hat, war Fleisch von Ihrem Fleisch, es war der Reichstags-Abgeordnete Dr. Mugdan. (Hört! hört!). Es drängen auch die gesamten Verhältnisse zur Verstädtlichung des Rettungswesens, besonders wenn die Stadt der Rettungsgesellschaft die bisherige Subvention nicht mehr zahlt. Der Magistrat kann andererseits das Rettungswesen nicht plötzlich aufhören lassen. Die Gönner und Hintermänner der Unfallstationen haben sich in den letzten Tagen besonders gegen die Ausschussverhandlungen in den Zeitungen aufgeregt. Da muß wiederholt betont werden, daß diese Unfallstationen lediglich geschäftliche Veranlassungen der Brauereien waren und gerade die 10 000 M., welche die Stadt ihnen zuwendet, jetzt sehr wohl gespart werden können.

Überbürgermeister Kirchner: Namens des Magistrats habe ich im Ausschuss Zufügen nicht machen können, sondern nur meine persönliche Meinung vorgetragen. Der Gedanke einer Zentralmeldestelle ist uns durch die tatsächliche Entwicklung geradezu aufgegenötigt worden.

Stadt. Dr. Langerhans: Der Rettungsgesellschaft wird durch die Zentralmeldestelle der Boden entzogen. Natürlich ist es das Nächstliegende, mit den bereits vorhandenen Institutionen zu verhandeln, und das wird fruchtbarer sein, wenn wir eine solche zentrale Meldestelle schon eingerichtet haben. Kerkze als Umdatler werden wir natürlich hören, aber ganz in die Hand der Kerkzeitschaft können wir uns nicht geben, das hat schon Dr. Wehl sehr richtig ausgeführt. Nehmen Sie den Antrag an, damit der Magistrat die Ansprüche der Kerkzeitschaft als zu weitgehend abweisen kann.

Stadt. Kommiss. (Dr. Pr.): Das Hineingehen des Herrn Dr. Mugdan in diese ganz unpolitische Frage war doch kaum angebracht. Im Ausschuss ist auch der Magistratsvorschlag nur mit 9 gegen 6 Stimmen zur Annahme gelangt. Mit der teilweisen Lösung wird die Frage nicht endgültig entschieden. Ein Teil meiner Freunde wird dagegen stimmen.

Stadt. Straßmann: Die großen Mängel und Unstimmigkeiten im bisherigen Rettungswesen müßten jedenfalls abgeklärt werden. Ich bitte, der Einrichtung Ihre Zustimmung zu geben.

Stadt. Dr. Wehl: Die große Ausschussmehrheit hatte über die gegenwärtige unbefriedigende Lage des Rettungswesens volle Klarheit gewonnen und hat sich entschlossen, möglichst bald reinen Tisch zu machen. Die früheren Verdienste der Unfallstationen zu verkennen, liegt mir vollständig fern; heute aber, nachdem die Rettungsgesellschaft ihre Tätigkeit entfaltet hat, liegt für Berlin kein Grund mehr vor, diese Stationen weiter zu subventionieren.

Stadt. Dünse nimmt die Unfallstationen gegen die auf sie gerichteten Angriffe in Schutz. Auch die Kerkze hätten sich erst gegen sie gewendet, als sie ihnen unbedeuten zu werden begannen.

Auch Stadt. Sonnenfeld (A. L.) protestiert gegen die „verdächtigen“ Äußerungen des Dr. Mugdan, aber erhebt auch gleichzeitig dagegen Einspruch, daß der politische Standpunkt dieses Herrn hier hervorgehoben werde. (Unruhe.)

Stadt. Singer (Soz.): Ob mein Freund Wehl oder der Vordredner den Abgeordneten Mugdan schärfer kritisiert hat, überlasse ich der Versammlung. Herr Sonnenfeld hat sich nicht zum Jenfor aufzuwerfen über das, was hier ein anderer Kollege vordringen darf. Kollege Wehl hat der Versammlung damit, daß er den Namen des Betroffenen nannte, einen Dienst geleistet; wenn der Vordredner glaubt, es sei das aus politischen Gründen gefeiert, so irrt er; es ist gefeiert, um von den Kerkzen den Verdacht abzuwehren, als ob sie so unwillig sein könnten, wie sich Herr Dr. Mugdan herausgestellt hat.

Darauf wird der Magistratsantrag mit großer Mehrheit, die Resolution einstimmig angenommen.

Zum Neubau der St. Johannis-Evangelist-Nische in der Auguststraße und zu Reparaturen an der Thomaskirche hat die Stadt seinerzeit durch die Resolution des Polizeipräsidenten Beiträge von 110 000 M. bzw. 11 816 M. zu leisten gezwungen worden. Der Magistrat beantragt jetzt, die erstere Summe ganz, von der zweiten den Betrag von 3486 M. definitiv zu Lasten der Stadt zu übernehmen, da eine Klüßforderungsfage auch nach dem günstigen Ausgang des Prozesses der Stadt inbetriff der Konfessionsordnung von 1873 ausstehend sei.

Stadt. Dr. Liebnecht (Soz.): Regelmäßig der 110 000 M. ist die Vorlage in ihrer Begründung etwas unklar. Da wir die Akten nicht kennen, sie aber gern hinsichtlich der Chancen einer Restitutionsklage prüfen möchten, bitten wir um Einreichung eines Ausschusses.

Stadtsyndikus Weisse: Die Restitutionsklage würde voraussetzen, daß wir neue Urkunden hätten. Das spätere und günstige Reichsgerichtsurteil ist aber keine solche neue Urkunde.

Stadt. Liebnecht zieht seinen Antrag nach dieser Erklärung zurück.

Die Vorlage wird angenommen.

Auf dem Terrain der ehemaligen Wasserwerke vor dem Stralauer Thor soll ein Terrain von 8048 Quadratmeter an der Ragler, Rother und Ehrenbergstraße zu 100 M. pro Quadratmeter an die Firma Woswan u. Kruiser verkauft werden.

Stadt. Gronewaldt (A. L.) beantragt Kommissionsberatung, da ihm der Preis zu niedrig erscheint; Stadt. Balkas widerspricht, da es im Interesse der Stadt liege, dort zu verkaufen.

Stadt. Borgmann erucht um glatte Ablehnung der Vorlage. Die Stadt könne gar nicht genug Grundbesitz besitzen; hier handelt es sich um Terrains, welche die Stadt selbst brauchen könne, event. nach fünf oder zehn Jahren zum doppelten oder dreifachen Preise wieder zu erwerben genötigt wäre.

Nach weiterer Diskussion wird nach dem Antrage Gronewaldt, dem sich nunmehr auch Stadt. Borgmann anschließt, beschlossen.

Der Absicht der städtischen Behörden, der im Norden der Stadt geplanten

dritten Ober-Realschule

den Unter- und Mittelbau einer Berliner Realschule zu geben, um so die vorhandenen Realschulen um eine zu vermehren, hat der Kultusminister seine Zustimmung nicht erteilt. Die Anstalt soll nunmehr die Verfassung der anderen Ober-Realschulen erhalten und zu Ostern 1906 in dem Schulhause Chorinerstraße 74 mit den drei unteren Klassen eröffnet werden.

Stadt. Kron (Soz.) bebauert, daß der in dem früheren Beschluß in gewissem Umfang zum Ausdruck gekommene Gedanke der Einheitschule durch den Widerspruch des Ministers nicht zur Verwirklichung gebracht werden kann. Er fragt den Magistrat, ob etwa

hierdurch der Uebergang von der Realschule auf die Ober-Realschule verhindert oder erschwert wird.

Stadtsyndikus Michaelis: Der Uebergang vollzieht sich ebenso glatt bei der in Gestalt unserer besonderen Berliner Realschulen gegebenen Mittelbau.

Die Vorlage wird angenommen.

Der Antrag Cassel, Kommiss. Dünse betr. Maßnahmen der städtischen Behörden gegen die Verletzung des Selbstverwaltungsrechtes durch das neue Volksschulgesetz wird auf Vorschlag des Antragstellers Kommiss. Dünse von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Zur Freisetzung von Fluchtlinien für das zu beiden Seiten der Koloniestraße zwischen der Christianiastraße und der Reichsbahngrenze mit Reinickendorf und Pantow liegende Gelände unter Aufhebung der Fluchtlinien für einen Teil der Soldiner- und Stockholmerstraße sucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung nach.

Nachdem diese Zustimmung ohne Diskussion erteilt ist, bringt der Vorseher zur Kenntnis, daß vielfach der Wunsch bestehe, die nächste Sitzung erst im Januar abzuhalten. Inzwischen sei gestern eine Magistratsvorlage betr.

außerordentliche Verhältnisse an städtische Unterbeamte und Arbeiter an die Versammlung gelangt.

Stadt. Singer beantragt, mit Rücksicht auf diese Vorlage, ferner um die Erörterung des Antrages Cassel, der einen hochwichtigen Gegenstand der Gemeindeverwaltung betreffe und dessen Erörterung absolut nicht hinausgeschoben werden dürfe, endlich auch, um die Verichterstattung des Wahlprüfungsausschusses zu beschleunigen, in der nächsten Woche Sitzung zu halten.

Gewerkchaftliches.

In Schlesien machen wir das so!

Noch nie hat irgend ein Gericht einen Unternehmer wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung verurteilt, wenn derselbe durch eine Verurteilung Arbeiter zwang, von Verabredungen und Vereinbarungen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzutreten. Für Unternehmer existieren bisher die Strafbestimmungen des § 153 überhaupt nicht.

Für Arbeiter existieren sie, und diese haben oft ihre ganze Schwere kennen gelernt; schlimmer: in Breslau soll es Praxis werden, daß ein ungeschriebener Paragraph Anwendung findet, der jede Ausübung des Koalitionsrechtes als Zwang nach § 153 bestraft. Nachdem vor einer Woche Genosse Klüh wegen angeblichen terroristischen Zwanges gegenüber Unternehmern vom Schöffengericht zu Breslau zu Gefängnis verurteilt worden, hat man dieser Tage dort ebenso grozäns den § 153 gegen den Genossen Schlegel, den Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes, angewandt. Ueber diese Verhandlung meldet die „Volksmacht“:

Am Dienstag stand auf Grund des § 153 der Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Schlegel, vor dem hiesigen Schöffengericht. Er soll durch „Drohung“ mit dem Streik den Unternehmer Boronow zu bestimmen versucht haben, Verabredungen seiner Arbeiter zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen beizutreten. Seit Jahren bestand bei Boronow ein Tarif, der mit dem Metallarbeiter-Verbande abgeschlossen war und immer auf ein Jahr Gültigkeit hatte. Nachdem in diesem Jahre eine Kündigung von Seiten Boronows erfolgt war, kam darauf wieder ein neuer Tarif zu stande. Von jeder hatte sich Boronow im Tarife verpflichtet, nur Metallschläger zu beschäftigen, die Mitglieder des Verbandes sind. Bezüglich der weiblichen Arbeitskräfte war indes nur mündlich vereinbart worden, daß die Beschäftigten dem Verbande angehören müßten, sobald sie eine entsprechende Zeit im Betriebe arbeiten, um sich entsprechende Fähigkeiten aneignen zu haben. Nachdem in diesem Jahre der Tarif vereinbart war, machte die Verbandsleitung die Wahrnehmung, daß die Arbeiterinnen dem Verbande fernblieben. Man nahm an, daß von irgend einer Seite im Betriebe ein Druck auf sie ausgeübt worden sei. Schlegel begab sich deshalb zu Boronow und verlangte die Zurückgabe des abgeschlossenen Tarifs; er müsse seine Unterschrift zurückziehen, nachdem von der Firma die auf Treu und Glauben getroffenen Verabredungen von ihr nicht gehalten worden seien. Boronow erklärte, daß er auf die Arbeiterinnen keinen Einfluß habe. Er gibt als Zeuge an, Schlegel habe ihm hierauf einen Streik der Metallschläger in Aussicht gestellt; zwei Tage später hätten diese auch wirklich alle gekündigt und vierzehn Tage später die Arbeit eingestellt. Boronow hat schließlich dem Werführer verboten, irgend welchen Einfluß auf die Arbeiterinnen dahingehend auszuüben, daß sie dem Verbande fernbleiben. Der Staatsanwalt erachtete auf Grund dieses Tatbestandes den Angeklagten des unberechtigten Zwanges im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, plädierte auf Freisprechung. Einerseits widerspreche es dem Zweck des § 153, daß dieser angewandt werden könne, wo Arbeiter gegenüber Unternehmern einen Druck ausüben suchen, ihren Verabredungen beizutreten. Das komme aber hier kaum in Betracht, da es sich gar nicht um eine Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen handelte und somit der § 153 überhaupt nicht angewandt werden könne. Das Gericht war aber der Ansicht, daß der Terrorismus-Paragraph auch für diesen Fall paßt. Auch die beantragte Strafe von zwei Wochen Gefängnis hielt es für angemessen.

Durch diese schlaue schlesische Erfindung, der hoffentlich der Reichstag das Patent verfahren wird, wäre einfach das Koalitionsrecht für die deutschen Arbeiter aus der Welt geschafft. Denn ohne Zwang gegen den Unternehmer lassen sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft natürlich nur in einem sozial-liberalen Volkensstudium-Dein verbessern. Die Breslauer Schöffen werden sich aber wohl barockfinden wissen müssen, daß man das, was sie selbst vernünftlich als einen Ausfluß ihrer überschäumenden Intelligenz ansehen, an anderen Stellen anders einschätzt.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Metallarbeiter!

Bereits im „Vorwärts“ vom 19. d. Mts. ist unter „Gewerkchaftliches“ auf das Zirkular hingewiesen, das in den letzten Tagen von der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten verfaßt ist.

Wir ersuchen alle Kollegen, welche derartige Zirkulare erhalten, mit diesem Zirkular nach unserem Bureau zu kommen, um sich Verhaltungsmaßregeln zu holen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rohrleger und Helfer! Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend, den 23. d. Mts., der § 2 unseres Tarifs in Anwendung kommt.

Achtung! Radler und Drahtarbeiter! Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend, den 23. d. Mts., der § 2 unseres Tarifs in Anwendung kommt.

Ortsverwaltung Berlin des Metallarbeiter-Verbandes.

Teppichweber! Die Firma G. Feilich in Treptow, Köpenicker Landstraße, ist wegen allzu großer Arbeiterfreundlichkeit des G. Feilich gesperrt.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Zentrale Stralau-Rummelsburg.

In die organisierten Arbeiter Berlin und der Umgegend!

Indem wir bitten, das erweiterte Inserat in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ zu beachten, ersuchen wir, in den Verbänden darauf zu achten, daß im Spiegel die weiß-grüne Kontrolle mit der Unterschrift Paul Hiere sichtbar angebracht und laufend gestempelt ist. Nur diese Karte dient als Ausweis darüber, daß der Geselle zu den tariflichen Bedingungen beschäftigt wird. Andere Karten erfüllen diesen Zweck nicht, sind vielmehr dazu angetan, den Bestrebungen der Arbeitgeber auf Nichtbeachtung der Abmachungen zu dienen. Jeder gewerkchaftlich organisierte Friseurgehilfe erhält, sofern er durch einen der anerkannten Arbeitsnachweise ermittelt ist, die Karte. Laßt Euch daher nicht täuschen.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Vororte.

Kustand.

Bergarbeiterstreik.

Auf der Zeche Grafsmigg in Cilli (Kärnten) ist die ganze Belegschaft in einer Stärke von 922 Mann wegen Differenzen mit den Aufsichtsorganen in den Kustand getreten.

Ein kapitalistisches Verbrechen.

Paris, 11. Dezember. (Fig. Ver.) Der Streik der Pariser Erdbauer hat zur Aufdeckung eines ungeheuren, von habgierigen Unternehmern ausgeführten Betrugs geführt, der ein empörendes Beispiel von der selbst vor dem infamsten Verbrechen nicht zurückbleibenden Gewissenlosigkeit profitgieriger Kapitalisten gibt. Es ist nämlich zutage gekommen, daß die mit dem Bau der Untergrundbahn betrauten Gesellschaften nicht nur den Arbeitern die in den Bedingnisheften von der Stadt vorgeschriebenen Löhne nicht bezahlten, sondern daß sie die ihnen übertragenen Arbeiten, um einen höheren Profit zu erzielen, in einer höchst schlenderhaften und die Sicherheit des Publikums auf das ärgste gefährdenden Weise ausführen lassen. Delegierte der streikenden Arbeiter haben angezeigt — und die folgenden offiziellen Untersuchungen haben es bestätigt —, daß an vielen Orten die vorgeschriebene 50 Zentimeter dicke Betonfläche überhaupt fehlt, die vertragmäßig daraufzuliegende Zementfläche aber, auf der die Schienen aufliegen, statt 50 Zentimeter 15, ja selbst sechs Zentimeter dick ist. Auf einem solchen Grund sind die Tunnelgewölbe errichtet! Ein Ingenieur der Präfektur hat nun freilich herausgefunden, dieses Verfahren sei wohl nicht in der Ordnung, aber es beeinträchtigt die Betriebssicherheit nicht, und der Streikprekär, der mit dem Unternehmertum ebenso ein Herz und eine Seele ist, wie er die um die Beförderung ihrer Lebenslage kämpfende Arbeiterschaft haßt und verfolgt, möchte den Skandal am liebsten vertuschen. Vorläufig ist den kapitalistischen Verbrechen noch nicht ein Härchen gekrümmt worden. Die streikenden Arbeiter aber wurden, als sie gestern eine friedliche Demonstration vor dem Stadthaus veranstalteten, von der Polizei brutal angefallen und der Sekretär ihrer Gewerkchaft, der den Einlaß in das Gebäude begehrte, um mit der Arbeitskommission des Gemeinderats zu verhandeln, blutig geschlagen. Die Arbeitskommission hat gestern unter anderem beschlossen, beim Gemeinderat eine Subvention von zwei Millionen für die Streikenden zu beantragen. Auch der Minister des Innern Dubief hat vor ein paar Tagen in der Kammer die Unterjügung der Familien der Streikenden fest zugesagt. Aber gegen diesen strebsamen Herrn, der vor ein paar Jahren noch das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, das er jetzt wütend bekämpft, in seinen Blättern nachgewiesen hat, ist das größte Mißtrauen gerechtfertigt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlrechtsdemonstration.

Hamburg, 21. Dezember. (B. H.) Nach dem Erscheinen des Berichts der Wahlrechtskommission wird die sozialdemokratische Partei Massenversammlungen veranstalten, um dem Protest der Arbeiterschaft gegen die geplante Verschlechterung energischen Ausdruck zu geben.

Einer, der es gebrauchen kann.

Essen, 21. Dezember. (B. A. B.) Die „Nordwestdeutsche Morgenzeitung“ meldet: In der heutigen Sitzung des ostpreussischen Landtages wurde nach vorangegangener sehr lebhafter Debatte dem Justizminister Rubrats mit 33 gegen 6 sozialdemokratische Stimmen bei einer Stimmenthaltung ein Vertrauensvotum erteilt. Der Minister war der Verhandlung fern geblieben.

Streik der Kohlenlader.

Frag, 21. Dezember. (B. H.) Hier ist heute ein Streik der Kohlenlader bei denjenigen Kohlenfirmen ausgebrochen, welche den Forderungen der Arbeiter nicht entsprochen haben. Infolge des Unterbleibens der Kohlenzufuhr macht sich in den Privathäusern bereits Kohlenmangel bemerkbar.

Das englische liberale Programm.

London, 21. Dezember. (B. A. B.) Der Premierminister Sir Campbell Bannerman hielt heute in der Albert-Halle in einer von 9000 Personen besuchten Versammlung der liberalen Vereinigung Londons — der größten Versammlung seit den Zeiten Gladstones — eine Rede, in der er zunächst auf die Umstände einging, die zu der Demission des Kabinetts geführt haben, und dann sagte, die Tatsache, daß die Liberalen aus Ruder gekommen seien, habe keinen Schauer in den europäischen Kabinetten verursacht, die englischen Kabinetts seien gestiegen. Redner entwickelte sodann das liberale Programm, er sagte, es solle eine königliche Kommission zur Prüfung der Frage einer Verbindung Englands mit dem Festland durch den Kanal hindurch eingesetzt werden, das Grundsteuersystem einschließlich der Abgaben für den Bodenwert solle reformiert, die Einführung einer Arbeitseinstellung sofort eingeleitet werden. Was die auswärtigen Beziehungen betreffe, so wolle er den Geist der Freundschaft unverändert aufrechterhalten. Auf die jegliche schwere Wälsung Rußlands hinweisend, sagte Redner, wir haben nur freundliche Gefühle und Wünsche für jenes große Volk. In bezug auf die Beziehungen Englands zu Deutschland sehe er in keinem einzigen Punkte der Interessen beider Völker irgend welchen Grund zu einer Entfremdung und begriffe die kürzlich erfolgten inoffiziellen Freundchaftsbegegnungen. Die liberale Politik würde einer Angriffspolitik entgegen sein und von dem Wunsche getragen werden, mit offen Bräuten in den besten Beziehungen zu stehen. England wolle mitarbeiten an dem gemeinsamen Werk der Zivilisation. Er freue sich, daß in der Schiedsgerichtsfrage große Schritte vorwärts getan seien, heute werde es nicht mehr einer Großmacht als Schwäche angesehen, wenn sie Streitpunkte einem Schiedsgericht unterwerfe; das Wachsen der Rüstungen sei eine große Bedrohung für den Frieden der Welt. Da die schiedsgerichtliche Erledigung von Streitfragen an Boden gewonnen habe, sei es Pflicht, jede Rüstung dementsprechend anzunehmen. Redner betonte dann, daß er überzeugter Freisindler sei und kündigte an, daß die Regierung beabsichtige, das Wesen über bei Union abzuändern.

Der Ansturm im Kaukasus.

Konstantinopel, 21. Dezember. (B. H.) Die Nachrichten aus dem Kaukasus lauten fortgesetzt ernst. Die Stadt Jelisawepol im Kaukasus wurde von Armeniern und Tataren zerstört und in Brand gesetzt, nachdem gegen 2000 Menschen auf dem Kampffeld geblieben waren. In Tiflis herrscht große Aufregung.

Aus der Partei.

Der Verlag der „Münchener Post“ wird nicht milde, dieselbe Litanei aus seinen „Wächern“ vorzutragen, und wir sind gezwungen, unsere Leser damit noch einmal zu beschäftigen. Er schreibt:

Ein letztes Wort. Der „Vorwärts“ fährt fort, auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu wandeln, die Vorgänge zu verdrehen und die Hauptfachen zu umgehen. Wir stellen daher nochmals die Tatsachen fest, mit denen die „Vorwärts“-Redaktion dann verfahren mag, wie es ihr beliebt: 1. Am 6. Dezbr. abends 9 1/2 Uhr sandten wir die ersten 150 Exemplare der „Vorwärts“-Brotschüre an die Partei- und Gewerkschaftspresse. 2. Am 7. Dezember abends 6 Exemplare an bürgerliche Blätter. Gleichzeitig, ohne daß eine Bestellung vorlag, der „Vorwärts“-Buchhandlung nicht 100, sondern 200 Exemplare, damit sie der Nachfrage genügen könne. Diese Zufassung war eigentlich unberechtigt. 3. Erst nachdem die „Berliner Volkszeitung“ sofort nach Empfang der Brotschüre, also am 8. Dezember, Auszüge brachte, hielt es die Redaktion des „Vorwärts“ für angebracht, ein späteres Eingehen auf deren Inhalt anzufordern. Die Erfüllung dieses Versprechens steht heute noch aus. 4. Daß die „Bremer Bürgerzeitung“ wie andere Parteiblätter ihre Exemplare erst am 8. d. M. in die Hand bekamen, ist natürlich, denn erst durch die Auszüge der „Berliner Volkszeitung“ sind die Redaktionen unserer Blätter veranlaßt worden, sich nach ihrem Exemplar umzusehen. Im allgemeinen ist die Brotschüre von der Parteipresse bis heute unbeachtet geblieben, was nach der Erklärung ihrer Verfasser beargwünzlich erscheinen mag, niemals aber die Angriffe des „Vorwärts“ gegen uns rechtfertigen kann. München, 20. Dezember 1905.

G. Birt u. Co.

Der Birt'sche Verlag wird sich durch die Wiederholung seiner Behauptungen aus der Verlegenheit nicht mehr herausarbeiten. Tatsache bleibt, daß die von ihm herausgegebene Sensationsbrotschüre von bürgerlichen Gegnern an die große Glocke gehängt worden ist, ehe die Parteipresse und die Parteibuchhandlung sie erhalten hatten. Weshalb wir die Erfüllung des Versprechens nämlich eine Besprechung der Brotschüre, nicht eingelöst haben, dürfte dem Münchener Verlag doch klar sein: die öffentliche und formelle Zurücknahme der Schrift durch ihre Verfasser hat eben ihre eingehende Würdigung unmöglich gemacht. Weshalb der Münchener Verlag aber das gegen den Parteivorstand gerichtete Pamphlet überhaupt an die gegenrätlichen Blätter geschickt hat? Darüber schweigt der Verlag hartnäckig, denn darüber findet er wohl keine „W“ in seinen „Wächern“. Eine Erklärung dieser Praktiken kann auch „auf einem ganz anderen Blatt“.

Gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung.

In der letzten Versammlung der Delegierten des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftsverbandes wurde die in der vorigen Woche abgeordnete Debatte über vorstehendes Thema zu Ende geführt. Die Vertreter der Buchdrucker verteidigten sich lebhaft gegen die Einwände, die der Referent, Genosse Lütz, gegen die Neutralitätsbestrebungen erhoben hat. Ganz besonders nahm Genosse D. Meyger (Buchdrucker) den Redakteur des Buchdruckerorgans in Schutz und wandte sich gegen die „Gesinnungsrichter“. Die Buchdrucker seien tolerant und ließen ihren Redakteur ruhig weiter schreiben; den Reghäuser ließen sie sich nicht nehmen. (Stürmische Heiterkeit und Lache: „Den gönnen wir den Buchdruckern!“) Der Grundton der weiteren Diskussion war: Es ist Pflicht der fortgeschrittenen Gewerkschafter, dafür Sorge zu tragen, daß die noch indifferenten Arbeiter vom Klassenbewußtsein durchdrungen werden, was durch belehrende Vorträge und unter Hinweis auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion geschehen müsse. Nur über die Frage der Taktik gingen die Meinungen auseinander. Die folgende Resolution wurde darauf angenommen:

Die Versammlung der Parteidelegierten und Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände von Hamburg-Altona erklärt:

In Erwägung, daß eine erfolgsversprechende Bekämpfung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren sozialen Begleiterscheinungen, als da sind: Lohnreduktionen, Unterdrückung der Koalition durch Ausperrungen usw., eine starke und finanziell gut unterstützte Gewerkschaftsorganisation zur unerlässlichen Voraussetzung hat, um die wirtschaftliche Position der Arbeiter zu heben und zu kräftigen;

in Erkenntnis dessen, daß das Erwingen durch den gewerkschaftlichen Kampf allein nicht gefestigt und in erheblicher Weise weiter gefördert werden kann, es hierzu vielmehr der gesetzlichen Festlegung bedürftig bedarf, daß die Versammlung auch im Emanzipationskampf des Proletariats die politische Bewegung für ebenso notwendig wie die gewerkschaftliche;

in fernerer Erwägung, daß alle bürgerlichen Parteien der Arbeiterbewegung politisch feindlich gegenüberstehen und nur die Sozialdemokratie als die einzige Vertreterin der Arbeiter auf politischem Gebiet betrachtet werden kann, beschließt die heutige Versammlung:

Es ist Pflicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes, sofern es die in obigen Sätzen ausgesprochene Ueberzeugung gewonnen hat, sich den sozialdemokratischen Vereinen von Hamburg-Altona anzuschließen und eine rege Agitation für dieselben zu entfalten.

Die Verwaltungen der einzelnen Gewerkschafts-Zentralstellen in Leipzig veranstalten zurzeit Erhebungen darüber, in welchem Umfange von ihren Mitgliedern die Parteipresse gelesen wird, zum Teil auch wie sich das Verhältnis zur politischen Organisation gestaltet. So liegt neuerdings das Ergebnis von den Buchbindern vor. Von 1905 männlichen Mitgliedern haben nur 910 Auskunft gegeben; von diesen sind 65,4 Proz. Abonnenten der Parteipresse, 18 Proz. haben überhaupt keine Zeitung abonniert, die übrigen lesen andere Blätter; der Rest ist halber sei angeführt, daß ein Mitglied nur die „Blau-Strazzeitung“, der Herr mein Banner, die Zeitung für alle, eine nur den „Hausvater“ und eine nur die „Kadeweil“ liest. — Weiter ist das Verhältnis bei den Glasern. Von 809 Antwortenden halten 75,08 Proz. die „Leipziger Volkszeitung“, 2,5 Proz. haben gar keine Zeitung abonniert. Politisch organisiert aber waren von den Glasern nur 38,24 Proz., während nach der Berufsstatistik 90 Proz. für die politische Organisation in Frage kommen.

Der Sozialdemokratische Verein in Breslau setzte am Montag die Diskussion über die Haltung der „Volksmacht“ fort. Die Redakteure Löbe und Klübs machten dabei Ausfälle gegen die neue Redaktion des „Vorwärts“, die angeblich über die erste Versammlung des Breslauer Vereins ein ganz falsches Bild gegeben haben soll, indem sie nur von den Kritiken, nicht aber von den Zustimmung zu der Haltung der „Volksmacht“ Notiz genommen. Als Kontrast dazu wurde auch Genosse Bruns als Rattowitz zitiert, der in einer Aufschrift in der „Volksmacht“ gerügt hat, daß in „Vorwärts“ die Verteidigung des Redakteurs Löbe nicht ausführlich wiedergegeben, sondern bloß erwähnt wurde. Man hat uns sogar mit einer „scharfen Zurückweisung“ bedroht, aber die jedoch erst nach Reue abgestimmt werden soll. — Die Behauptungen der Redaktion der „Volksmacht“ sind unwahr. Wir haben ausdrücklich herbegehoben, daß im Breslauer Verein neben zwei Gegnern der Redaktion ein Anhänger, Genosse P. v. u. n. sprach, der sich mit der Redaktionsführung wohl einverstanden erklärte. Die Ausführungen des Genossen Bruns, der gleichfalls mit der „Volksmacht“ zufrieden ist, waren in dem eigenen Bericht der „Volksmacht“, wie sie jetzt bemerkt, wesentlich unterwühlt geblieben. Die

Rede Löbe's endlich näher wiederzugeben hätten wir aus dem einfachen Grunde nicht nötig, weil es ja selbstverständlich ist, daß jede Redaktion ihre eigene Redaktionsführung verteidigt, von allgemeinem Interesse hingegen sind nur Urteile und Kritiken aus den Reihen der Leser, der organisierten Genossen. Auch war in dem genau zwanzig Zeilen langen „Bericht“ über die ganze Versammlung kein Raum für eine ausführlichere Wiedergabe der einzelnen Redner. — Uebrigens hat auch die zweite Versammlung das Bild nicht verschoben. Zwei Redner, Jahn und Prager, kritisierten jetzt wieder die Haltung des Breslauer Blattes, einer, Genosse Wiener, verteidigte sie; Gehmann sprach über allgemeine Fragen. Die Redakteure Löbe und Klübs legten sich selbstverständlich für die Sache der Redaktion eifrig ins Zeug und sprachen die Forderung aus, daß die Breslauer Arbeiterschaft ihr Blatt so in allem und gegen alle Bedenke müsse, wie es die Leipziger ihrem Organe gegenüber tun.

München, 21. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Erwahlung von zehn bürgerlichen Magistratsräten im Gemeindefolgeamt ist das Zentrum völlig durchgefallen. Gewählt wurden sieben liberale und drei sozialdemokratische Magistratsräte. Da bereits neun Sozialdemokraten im Gemeindefolgeamt sitzen, ist das Zentrum nunmehr voll.

Redakteursfreuden. Gestern Abend kehrte der Redakteur Genosse Robert Fette vom hiesigen „Volksblatt“, der hintereinander mit einigen Unterbrechungen 10 1/2 Monate Gefängnis verbüßt hat, in die „preussische Freiheit“ zurück. Er erhielt die Strafen wegen Beleidigung einer Vergebliche, eines Bürgermeisters, des Kaisers und einiger Offiziere. Wie sich unser Genosse durch die erheblichen Strafen „gebeffert“ hat, wird jedem vernünftigen Menschen klar sein. Daß solche Strafen nicht ohne schädliche Einwirkungen auf die Gesundheit sind, erscheint selbstverständlich. Hoffentlich erholt sich unser Genosse bald wieder, damit er mit neuen Kräften den Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit aufnehmen kann. Gegenwärtig weilt auch noch Genosse Thiele bis zum 30. Dezember im Gefängnis und das neue Jahr, 2. Januar beginnt mit einem Prozeß gegen den Genossen Rollenbühler wegen Beleidigung der Haller Polizei.

Die Umänderung der Parteiorganisation in Wienburg entsprechend dem neuen Landesorganisationsstatut hat in einer Versammlung am Montag der dortige Parteiverein beschlossen. Der Verein hat sich für aufgelöst erklärt und die anwesenden Parteigenossen erklärten ihren Beitritt zum Bezirksverein Verbunzger-Göthen. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Genosse Knoll gewählt. Zu Mitgliedern des Ausschusses des „Volksblattes“ wählte die Versammlung die Genossen Wagner und Knoll.

Aus Industrie und Handel.

Wagenmangel nur fingiert?

In der am 19. Dezember stattgefundenen Fochensbesitzer-Versammlung der Ruhegruben kam auch die Angelegenheit des Wagenmangels zur Erörterung. Der Handelsminister hatte im Abgeordnetenhaus ironisch bemerkt, daß Betriebschwierigkeiten vorlägen, sobald bemerkt werde, daß die Wagen vollzähliger gestellt werden und daß dies den Anschein erwecke, als ob die Wagenforderungen der Fochens absichtlich den Bedarf überstiegen.

Dazu wird erklärt, daß die im Herbst angeforderten Wagen tatsächlich dem Bedarf entsprächen, und zahlenmäßig belegt, daß die von dem Minister angeführte am 12. d. Mts. erfolgte Abbestellung von 500 Wagen auf eine große Anzahl von Fochens und nur ein Rest von 210 Wagen infolge eines Förderfeldwechsels auf die Zeche Zollverein entfiel.

Damit ist bestätigt, daß tatsächlich zu viel Wagen angefordert worden, und den Förderfeldbruch konnte man vorher doch nicht ahnen und 500 Wagen entsprechen einem Förderquantum von 6000 Tonnen.

25 Prozent Dividende, wie im Vorjahre, wird seinen Aktionären der Kölner Bergwerksverein auch für dieses Jahr ausschütten.

Der Kampf um die Ueberreste der Dreidener Kreditanstalt für Industrie und Handel. Gegen die Liquidatoren und dem Aufsichtsrat der Kreditanstalt für Industrie und Handel richtet sich ein Antrag des hiesigen Rechtsanwalts Dr. Böhme, der dahin geht, die Liquidatoren und den Aufsichtsrat für verschiedene angeblich nicht einwandfreie Handlungen regreßpflichtig zu machen. Dr. Böhme erklärt und behauptet, daß von den Effekten der Anstalt 1901 die circa nom. 800 000 M. Aktien der Speiserei- und Expeditions-Aktien-Gesellschaft zum Kurse von 67 und 1902 die circa nom. 1 300 000 M. Vöge-Aktien zum Kurse von 32 veräußert seien, obgleich der oberverhändige Kenner wisse, daß diese Preise in einem auffälligen Mißverhältnis zum inneren Werte dieser Effekten ständen. Als Dr. Böhme am 29. November 1904 die Geschäftsführung der Liquidatoren bemängelt, hatte der Liquidator Dr. Sey wörtlich erklärt: „Sie müssen immer bedenken, daß wir ein Moratorium halten, das von 14 zu 14 Tagen kündbar war. Wir sind zu manchen Verkäufen direkt gezwungen worden, weil das Konfortium gesagt hat: Ja wir haben auch geholfen, aber wir wollen jetzt auch, daß die Sache schneller geht und sie haben uns gezwungen, die Effekte zu verkaufen.“ In bezug auf das Geschäft in Vöge-Aktien habe Dr. Sey erklärt: „Wir haben die Offerte (mit 32 zu verkaufen) an einem Tage bekommen, wo von den Banken abgelehnt wurde, daß das Moratorium noch weiter gehen sollte. Diese Banken haben gesagt: Wenn wir das nicht machten, machten sie das Moratorium nicht weiter.“ Dr. Böhme hält nach Vorstehendem die Tatbestandsmerkmale des nach § 138 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten wucherischen Vertrages vor. Wenn die Liquidatoren und die Vergrößer der Mitglieder des Aufsichtsrates, denen diese Tatsachen bekannt seien, erklären, daß sie, Dr. Böhmes Antrag einen absolet unberechtigten Vortour gegen die betreffenden Bankfirmen enthalte und daß er diese verächtlich hätte, so handeln sie wider die Wahrheit und wider besseres Wissen. Es wird somit in der am 10. Januar 1905 stattfindenden Generalversammlung zu einem heißen Kampfe zwischen den Liquidatoren und Aufsichtsrat einerseits und der von Dr. Böhme vertretenen Aktionärgruppe zu einem heftigen Zusammenstoß kommen.

Ueber die Weltproduktion von Stahl und Roheisen bringt das „Engineering u. Mining Journal“ folgende Zahlen, zum größten Teil aus amtlichen Quellen zusammengestellt. Rußlands Produktion der letzten zwei Jahre (1903 und 1904) wird damit zum erstenmal amtlich bekanntgegeben. Danach betrug die Stahlproduktion:

Table with 3 columns: Country, 1903, 1904. Rows include: Vereinigte Staaten, Deutschland, Großbritannien, Rußland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Schweden, Kanada, Spanien, Italien, Die übrigen Länder, Summa.

Von den drei Hauptproduzenten in Stahl hat nur Deutschland eine Zunahme und zwar um 128 778 Tonnen zu verzeichnen.

Die Roheisenproduktion betrug:

Table with 3 columns: Country, 1903, 1904. Rows include: Vereinigte Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Schweden, Spanien, Kanada, Italien, Die übrigen Länder, Summa.

Bankfusion. Zwischen der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft in Aachen und der Düsseldorf Bank, Düsseldorf, ist ein Verschmelzungsvertrag abgeschlossen, wonach die Düsseldorf Bank ohne Liquidation in der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft aufgeht. Zweckausführung des Vertrages wird die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft ihr Aktienkapital um 5 700 000 M. erhöhen. Das Aktienkapital wird hiernach 65 Millionen Mark betragen.

Amerikanische Ernteergebnisse. Nach dem Bericht des Ackerbau-Bureaus stellen sich die endgültigen Ernteergebnisse dieses Jahres in Bushels wie folgt: Winterweizen 428 463 000, Frühjahrweizen 284 517 000, Mais 2 707 694 000, Gerste 958 216 000, Roggen 27 616 000, Weizen 186 651 000.

Aus der Frauenbewegung.

Glodenrede.

Recht schlecht will auch in diesem Jahre die allgemönlche Friedensbotschaft, die bald durch den ebernen Glodenmund in die Lande geht, zur rechten Wirklichkeit passen. Weihnachten, das Fest der Verheißung, ist an 2000 Jahre dazu benutzt worden, den Armen und Entrechteten die Demut, die Zufriedenheit, die Ergebung zu predigen und ihnen die Hoffnung auf ein besseres Jenseits in die Brust zu pflanzen. Zwei Jahrtausende alt ist die Botschaft vom Erlöser. Unjährlieh ist sie in allen Sprachen und Jungen verklärt worden. Aber immer noch harzt die Menschheit des Erlösers. Noch immer drückt sie Not und Elend, und aller Fortschritt des Wissens hat ihre keine Änderung der Last gebracht. Seit langem hat der Menschengeist die Naturkräfte in seinen Diensten gebannt. Dampf-Kraft und Elektrizität verbinden die Länder, überbrücken die Meere. Aber ärger denn je erlösen der Menschheit Plage und Verwünschungen wider die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Zustände.

Trotz aller Friedensgloden-Botschaften ist Kampf die Signatur der Zeit. In Deutschland kämpfen Tausende Proletarier mit dem Gespenst des Hungers und des Elends, weil heute im Zeitalter der mechanischen Arbeitsmittel ein großer Teil der menschlichen Arbeitskräfte überschüssig ist, weil, wo irgend angänglich, die Frauenarbeit als billige Konkurrenz der Männerarbeit eingeführt ist. Bei aller Arbeitslosigkeit ist das Leben dieser Volksschichten nur ein Regieren, denn die larmen Löhne der Proletarier werden noch gekürzt durch künstliche Verteuerung der Lebensmittel zu Ruh und Frommen unserer „eblen“ Junkersippe. Und will der Arbeiter durch einiges Vorgehen höhere Löhne erkämpfen, so läßt er auf die Ausperrungstaktik der Unternehmer, die immer öfter angewendet wird, um willenslose Arbeitermassen zu „ziehen“. Bei solchen Zuständen ist keine Glodenpredigt imstande, frohe und zufriedene Gedanken in der Menschenbrust zu wecken.

Immer mehr spigen sich die Klassengegenstände zu. Neben dem enormen Reichthum einiger Weniger zeigt sich immer trauriger das Elend in seiner nacktesten Gestalt. Mit welch verhängenden Blicken werden nicht zur Weihnachtszeit die Schaufenster und Auslagen der Geschäfte gestreift, wo die herrlichsten Gebrauchs- und Luxusartikel ausgepöckelt lagern und zum Kauf einladen. In diesen Tagen des Vorweihnachtens wird manche Proletarierfrau bitter empfunden haben, daß sie die sehnlichsten Wünsche ihrer Kinder nicht erfüllen kann, daß die fleißigste Arbeit ihr nicht einmal so viel besichert, daß sie ein frohes Fest inmitten froher Angehöriger begehen könnte, daß für die Tage der Weihnacht wenigstens der Mangel verschwände.

Immer wieder wird jedoch das Proletariat daran gemahnt, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, wo der Erzeuger aller Produkte auf ihren Genuß verzichten muß, während die keine Minderheit der Menschheit, die Besitzer des roten kalten Goldes, ein gesekmähdiges Recht auf alle Lebensgenüsse und Freiheiten haben.

Und deshalb gärt und brodet es allüberall im Volke, die Massen erkennen und fordern ihre gestohlenen Residenrechte!

Fern im Osten, unter dem barbarischen Regiment der zarischen Krute kämpfen Tausende und Abertausende Männer und Frauen mit dem Rute der Vergewaltigung, um Niederdrückung der Despotie, um Freiheit und Recht. In Oesterreich ergittert der Boden vom Waffentritt der Wahldrechts-Demonstranten, und in Sachsen beantwortet die Herrschenden den Protest gegen die Wahlrechtung mit blutiger Rahnahme: der Säbel haut und das Strahlenpflaster färbt sich rot vom Blute des Volkes.

Wie Sturmwindständer müssen die Weihnachtsgloden die Herzen erschüttern, als Mahnruf, nach und bereit zu sein, den Kampf um Freiheit, Bildung und Brot zu führen.

Verbrüderung wird das Jaubertwort sein, das die darbedenden und entrechteten Menschen aller Jonen zum einigen, gemeinsamen Handeln anfeuert, die Sklavensette zu brechen, die vieltausendjährige Gemöhnung, Beerdung, Sitten und Vorurteile um unseren Nacken gelagert haben. Im Zeichen des Sozialismus muß der Kampf geführt werden. Denn nur der Sozialismus vermag eine andere Gesellschaftsordnung zu schaffen, die nicht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht. Eine Gesellschaftsordnung, in der Friede und Gütlichkeit für alle erblichen wird. Laßt uns denn Weihnacht feiern mit dem Gelöbniß, zu arbeiten, daß recht bald hell und strahlend die Sonne wahren Glückes der von Not und Sorge befreiten Menschheit lachsmen möge.

Die Frauenwahlrechts-Bewegung in Schweden. Bei den Frauen-deputationen, die am 13. Dezember den schwedischen Staatsminister über seine Stellung zur Einführung des Frauenwahlrechts befragten, war das Ende November von einer großen Frauenversammlung im Volkshaus zu Stockholm gewählte Komitee nicht vertreten. Dieses Komitee ist nun am 19. Dezember beim Staatsminister vorstellig geworden und hat ihn unter anderem ersucht, falls die Frauen bei der zu erwartenden Wahlrechtsvorlage nicht berücksichtigt werden könnten, gleichwohl Maßnahmen zu treffen, die zur Vorbereitung der Einführung des Frauenwahlrechts dienen könnten. 3. B. durch einen Vorschlag zur Aufhebung der Bestimmung des Zivilgesetzbuches, die den Männern das Vormundschaftsrecht über ihre Ehefrauen geben. Der Minister billigte dies Verlangen. Er teilte auch mit, daß zur Frage des Frauenwahlrechts nicht weniger als 21 Schriftstücke der Regierung überwiesen wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Juristische Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

P. S. Die Nummern wären nicht erforderlich. Sie müßten auf dem Patentamt nachforschen. — L. Rosen. Der Beschäftigte ist, das

Ametta in allen Farben, 100 Ruberts 2.00
 Mart. A. Cohn, Grenadier-
 straÙe 88/89, im Laden. 284/17

Jacob Golde
 119 Gr. Frankfurterstr. 119
Zum Weihnachtsfest
 empfehlen:
 Wäsche-Ausstattungen.
 Trikotagen & Strumpwaren
 in bekannter Güte.
5 % Rabatt.
 Ueber 40 Jahre im Osten Berlins.

Galvanophone
 direkt aus der Fabrik
 billig und besser als im
 Laden!
 Berlin
 Prenzlauerstr. 42 u. Hof

Pelz-Stolas.
 Kürschnermeister **H. Michaelis**
 Gr. Frankfurterstr. 99, I.
 Rein Laden
 Vis-à-vis Straußberger Platz.
 2. Geschl.: Köpenickerstr. 62.
 empfiehlt großes Lager in allen
 Arten Pelzwaren zu Engros-
 preisen. Kolliers von 1,50 M.,
 Stolas von 5 M. an bis 400 M.

Raucht Ben Schira
 Zigaretten, hervorragendste Qualitäten.
 Deutsches Fabrikat - nur Handarbeit.
 Marke A 2 Pl. Ultra 3 Pl. usw.
 Zigarettenfabrik Ben Schira, Berlin N. 58.

PROBLEM
 Cigaretten
 über treffen Importen
 Beste deutsche Fabrikate
 Ueberall zu haben.

Hut-Zentrale
 Oranienstr. 2
 Großes Spezialgeschäft
 für Filz- und Seiden-Hüte.

Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Hand-
 schuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

Eduard Möller
 Hüte, Mützen, Pelzwaren
 Rixdorf, Bergstr. 24.

Neujahrskarten!
 Bekannt billigste Bezugs-
 quelle für Händler und
 Wiederverkäufer.
 Witzkarten, 100 Stück 30 u. 40 Pfennige.
 Geprägte Golddruck-Postkarten 1906 a 100 Stück 60 Pf.
 Große Auswahl in besseren und ganz feinen Karten.
S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25
 Kaiser Wilhelmstr. 19 a.
 Zwischen der Münzstraße und Dirschkestraße.

Zum Weihnachtsfeste!
 Auf Teilzahlung!!!
 Kaufen Sie am besten, wochentl. nur 1 M.,
 Herren- und Damenuhren, Standuhren, gr.
 Standuhren, Regulateure, Reckschwinger,
 Strophen, Ringe, Ketten, Stöcke, Röhren,
 Karmonas, Mandolinen, Phonographen,
 Plattenpressmaschinen, gr. Auswahl in
 Platten, echte Edison- und Columbia-Appa-
 rate und Salzen zu Original-Preisen.
Jahre & König
 Warschauer-Str. 72, I. Etage.
 Filiale: Reinkindorferstraße 57, I.
 Sonntag geöffnet bis 6 Uhr abends.

H. Zimmermann
 Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
 Gold- und Silberwaren-Fabrik,
 Uhren-Großhandlung.
 Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
 Streng reell. - Billigste Preise.

Weidenweg 12 ein Laden mit Wohnung, 75 Mark, und kleine
 Wohnung frei. D. Bern. I. Etage. 54932*

Pfeifenraucher!
 „Ihr habt am Rauchen erst Geschmack“
 Wählt in der Pfeife Sternstab.
Blaustern 20 Pf., Goldstern 25 Pf.
 mild, aromatisch, preiswert
 mit Gratisgabe einer eleganten Pfeife.
 Tabakfabrik S. Stern, Steile.
 Engros-Vertrieb: H. & P. Uder, Engel-Hfer 5. part.

Neue Königstraße 16, vorn I.
Pelz-
waren-Fabrik
 verkauft nach
 beendeter
 Engros-Saison
 Reismuster
 von Stolas
 und Muffen
 zu
 billigsten
 Engros-Preisen
 Sonntag
 geöffnet.
 Neue Königsstraße 16, vorn I.

Stola
Muffen
 etc. etc.
 Nur eig. Fabrikat.
 Große Auswahl,
 gedieg. reelle Ausf.
 bestes Material.
 Kein
 Zwischenhändler,
 daher Fabrikpreise.
Kalman,
 Dresdenerstr. 75
 vorn II.
 2. Haus v. Thalia-Th.
 Verk. auch Sonnt. u.
 Wochent. 9 u. ab.

VI. Wahlkreis.

Dienstag, den 26. Dezember 1905 (2. Weihnachts-Feiertag):

Große Matineen

Schönhauser Vorstadt
 in den Gesamträumen der
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10
 und in
Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148
Konzert, Theater, Spezialitäten
 unter Mitwirkung der
Horsts Norddeutschen Humoristen und Quartettsänger.
 Kassenverkauf findet nicht statt.

Gesundbrunnen
Bernhard Rose-Theater, Badstraße 58
Schirms Festsäle, Inhaber: Wedekind & Co.,
 Badstraße 19
 unter Mitwirkung des
Bernhard Rose-Theaters
Berliner Ulk-Trio & Zitherklub „Frisch voran“.
 Billetts haben in beiden Lokalen Gültigkeit.

Rosenthaler Vorstadt
Ballschmieders Kastanienwäldchen, Badstraße No. 16
 unter Mitwirkung der
Norddeutschen Sänger
 (Herren: J. Nega, O. Stechert, J. Brehmer, M. Nitschke,
 M. d'Orotta und W. Korty) des
Elite-Streich-Orchester
 des Musikdirektors Herrn F. Blume sowie des
Arbeiter-Gesangvereins „Rote Nelke“.

Anfang präzise 12 Uhr. X X Tische und Stühle dürfen nicht reserviert werden. X X Billetts 25 Pf.
 Um zahlreichen Besuch bittet Aenderungen der Programme vorbehalten. Das Komitee.

Oranienburger Vorstadt
Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 108.
 Mitwirkende:
Gesang-Verein „Nordwacht“
 (M. d. A.-S.-B.)
Hamburger Sänger
 (Direktion: Wilh. Wolff)
 Herren: Wilhelm Wolff, Emil Werner, Moritz Holder,
 Henry Feldow-Bochly, Paul Gröning, Charles Christon,
 Gustav Held und Paul Manthey.

Wedding
Feldschlösschen, Müllerstraße No. 142
 Mitwirkende:
Arbeiter-Gesangverein Freiheit-Nord
 Fr. Voß, Soubrette. X Herr Neumann, Humorist.
 Gebr. Biedel, Gesangs-Duettisten.

Moabit
Moabiter Gesellschaftshaus (beide Säle),
 Inhaber: Peters, Emdenerstr. 34-35, Wickestr 24
 unter Mitwirkung der
Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky
 des
Gesang-Vereins „Vereinte Sangesbrüder Moabit“
 und
turnerische Aufführungen
 von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“.
 Kassenverkauf findet nicht statt.

Gesundheits-Pfeifen
 in verschiede-
 nen Ausführ-
 ungen.
 Jagd-, Klub-,
 Marsch-,
 Shag-, An-
 rauch-, lange
 und halblange Weichspitzen, Meer-
 schaum-, Weichsel-, Zigarren- und
 Zigarettenspitzen, Prim- u. Schnupf-
 tabak-Dosen, Pfeifenstiele, Tabaks-
 beutel und Spazierstöcke.
Carl Schubert, Küstriner
 Platz 6.

Hauslegen!
 mit Handflügel und sozialen
 Sprüchen, Bildnis u. Gelobnis-
 auflagen in reicher Auswahl von
 1,75 Mark an. 55082*
 Praktisch. Weihnachtsgeschenk!
Löwenberg, Sparnerstr. 4.

Weihnachtsgeschenke

find nur noch wenige Exemplare am Lager.
fritz Reuters sämtl. Werke in einer neuen illustrierten Prachtausgabe
 2 Bände, elegant in Halbseiden gebunden.
 Groß-Oktav-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch.
Preis nur 3 Mark.
Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung
 von Ärzten und Fachgelehrten von **Emanuel Warm.** 824 Seiten.
 Groß-Oktav mit 10 Tafeln und 184 in den Text gedruckten Abbildungen.
Preis nur 4 Mark.
 Ferner empfehlen wir:
ferdinand freiligraths sämtl. Werke in drei elegant. Leinenbänden,
 nur 3 M. (bisher. Pr. 15 M.)
Die Waffen nieder! Roman von Bertha v. Suttner.

Weihnachts-Ausstellung.

Laterna magica von 1,50 an, **Kinetographen** von 10,00 an,
Dampf- und Uhrwerks-Eisenbahnen von 1,50 an, **Dampf-**
maschinen mit Pfeife 1,50, Schienen, Weichen, Kreuzungen u. sämt-
 liche Zubehörsätze, Betriebsmodelle in größter Auswahl von 0,30 an.
Influenzmaschinen. Experimentierkästen.
Rathenower Augengläser:
 Echt Rathenower Brillen 1,00
 Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
 Double 5,00
 „ Gold 12,00
 „ Schildpatt 4,50
 Opern- und Reisegläser v. 6,00 an
 Barometer garantiert gute 6,00 an
A. Grün, Optiker,
Brunnen-Straße 4
 am Rosenthaler Tor.

Sinzel-Verkauf zu Engros-Preisen

hat begonnen.
 Unterdeck . . . von 1,25 M. an
 Schürzen . . . von 20 Pf. an
 Weiße Taschentücher,
 gekäumt . . . von 85 Pf. an
 Korsetts . . . von 80 Pf. an
 Kollarmüde, Cheviot, schwarz, blau u. braun 3,50 M.
 Trisotagen, einzelne Wästerhosen, unter Preis
 im Engros-Geschäft
 Damenhemden . . von 75 Pf. an
 Handtücher 1 Dtl. von 2,50 M. an
 Tischdecken in neuen
 Mustern . . . von 2,25 M. an
 Kaffeebecken . . von 75 Pf. an
Neuer Markt 1-2.

Eine Mark
 wöchentlich liefert selbstspielende
Musikwerke,
Sprechmaschinen
 und echte
Menzenhauer-Zithern.
 Schönste Familienunterhaltung.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitzbrücke 1, I.
 direkt am Bahnhof.

Blitz=Schnell
 kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72,
 Station im Hause. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
 auch für fortpulente Herren passend.
 Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen
 Monat ihre Garderobe tragen. 38662*
 Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Pelz-Waren alle Neuheiten,
 alle Pelzarten
 in größter Auswahl
Stolas, Kolliers, Muffen.
Gottmann, Gr. Frankfurterstr. 130,
 Frankfurter Allee 118a.
Gottmanns Spezial-Hut
 ist der neueste, eleganteste,
 leichteste, haltbarste und
 billigste Herrenhut der Welt.
 Schirme X Krawatten X Handschuhe X Herrenwäsche etc.

Ausverkauf
 wegen Umbau und Vergrößerung
 meiner Geschäftsräume.
 Hüte, Schirme, Mützen, Pelzwaren
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Carl Renz, Oranienstr. 3.

Hausjoppen

Schlafrocke



Elegante Jackett-Anzüge
in allen modernen Farben und Karos
12-45 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge
schwarz und farbig
von 25-54 Mark.

Stoff-Hosen
von 3-14 Mark.

Winter-Paletots
elegante und moderne Verarbeitung
in allen modernen Farben und Karos
von 16-30 Mark.

Jünglings- und Knaben-Garderobe
in grosser Auswahl.

Moderne Westen
von 1,75-10,50 M.

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderobe

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.

Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.

Feste Preise!

Tischler-Verein zu Berlin.
E. G. Nr. 89.
Sonntags, den 23. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15:

Versammlung.

Ausgabe der Billets zum Weihnachtsvergügen am ersten Feiertage. Die Mitglieder werden ersucht, § 4 des Statuts zu beachten. — Der **Maschinenbau** findet am Sonntag, den 13. Januar, in „Zandvoort“ statt.
199/17
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Dienstag, 2. Feiertag, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Saal I:

Weihnachtsfest.

Vortrag vom Genossen **Paul Göhre.**
Eintritt 30 Pf. 5/13* Garderobe frei.
Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Bekanntmachung.
Zur Entscheidung der Frage, ob ein in der Branche nicht tätiger Arbeiter zum Mitgliede der für diese eingeleiteten Schlichtungskommission gewählt werden dürfe, war in der Stadtkasse das Einigungsamt des Gewerbegerichtes von beiden Seiten anrufen worden.
In der Sitzung vom 8. Dezember 1905 haben die Parteien nachstehenden Vergleich geschlossen, welcher gemäß § 76 unseres Verordnungsstatuts hiermit öffentlich bekannt gemacht wird:
Die Arbeitgeber-Vertreter stellen ihren Einspruch gegen den Eintritt des Arbeitnehmer-Vertreters Bruns in die Schlichtungskommission zurück unter der Bedingung des Entlusses des Vorsitzenden des Arbeitgeber-Verbandes Herrn Kasse in die Kommission.
Die Arbeitnehmer-Vertreter sind mit dem Eintritt des Herrn Kasse einverstanden.
In Abänderung des § 7 des Vertrages werden daher künftig von jeder Seite drei Mitglieder in die Schlichtungskommission entsandt werden.
R. G. u.
gez. von Schulz, Rayer, Paul Lust, Rößler, Eugen Bräuner.
gez. K. Kasse, O. Kötter, Albert Kullikow, Johannes Bommer.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Flachwebers-Bundes „Solidarität“.

Am 1. Feiertag (23. Dezember):
Tour nach **Fempelhof** (Wilhelmshagen, Road). Start 2 1/2 Uhr: Kreuzberg, Steuerhaus.
2. Feiertag nach **Mahlsdorf**, Bernide. Start 2 Uhr: Remeler, Ecke Frankfurterstrasse.

2. Abteilung:
Am 1. Feiertag (23. Dezember):
Familien-Abend
in **Brauns Festsälen**, Wittenwalderstraße 15.
Anfang 6 Uhr. — Entree 30 Pf. (inkl. Garderobe).
Wäpfe stets willkommen.
Begen der am 31. Dezember stattfindenden
außerordentl. Generalversammlung
findet die **Fahrwartin** heute, am 22. d. M., abends 9 Uhr, bei Ostrowski, Schillingstr. 24, statt.
Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Sonntag, den 31. Dezember c., vormittags 10 Uhr, im Lokale **Andreasstraße 21**.

Außerordentliche General-Versammlung.
Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Am **Silvester-Abend** von 5 Uhr an:
Silvester-Verinsvergügen
im **Moabitier Gesellschaftshaus**.
Näheres siehe Annoncen am ersten Feiertage.
Das **Versammlungslokal** der 5. Abteilung befindet sich jetzt **Weserstr. 17 bei Böker**, 28/1
Der Vorstand.

Herrentragen, reinlein. 4f.
beste Qualität. Dg. Nr. 3 n. 3,50.
Wantschketten, prima. 4fach
1/2 Dg. Nr. 1,80 und 2,25.
Serviteurs, größte Auswahl
Stück von 30 Pf. an.
Krawatten, Handtücher,
Hosenträger, Taschentücher,
Gelden, Strümpfe etc.
Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstraße 23.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
(Bezirkt 15.)
Allen Kameraden zur Nachricht, daß unser Mitglied
Franz Fechner
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Treffpunkt der Kameraden bis 2 Uhr bei Felsch, Knechtstr. 49.
Um rege Beteiligung bitten
250/3
Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Tischler
Emanuel Böhm
am 19. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Dezember, nachmittags um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorferweg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
98/18
Die Ortsverwaltung.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steinrucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 20. Dezember c. verstorbenen Steinrucker
Adolf Schwecht
findet statt am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sophien-Kirchhofes, Wittenwalderstraße.
136/5
Das Komitee.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Emanuel Böhm
(14. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
253/3
Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspreese gelegene, mit Veranden und Hallen versehene zirka 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** künstlich erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 4990L*

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: **Ball.** 6 Kegelbahnen.
△△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△

In meinen Festziken Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1905 unverändert fort.
Hochachtungsvoll
Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.

Spottbillige Weihnachtspreise

für

Steppdecken.

Seidenart. Lasting à 14, zwis. 12, 9 u.	750 Mk.	Excelsior Cloth, à 9, doppels. 8, 6, 50 u.	475 Mk.
Wollatlas à 10, 8, 6, 5 u.	4 Mk.	Satin, gemustert, à 6, 5 u.	4 Mk.
Purpur, echt rot, à 5, 3, 25 u.	250 Mk.	Türkisch-Cretonne, à 4, 50, 3 u.	225 Mk.
Seiden-Atlas, alle Farb., 20, 15, 12 u.	10 Mk.	Dauen-Decken à 30, 20 u.	18 Mk.

Fackeln der Zeit
Gebichte mit Buchschmuck von Agnes Rosenhain
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung Domäus Berlin SW. 68, Einbeckerstr. 69

Gardinen und Stores
weiß, crème u. ockerfarben abgep. Fenster=2 Shawls
Fecht engl. u. Brüssel- 250
Tüll m. Band eingef. 12 bis 2 M.
Prima Spachtel - Tüll 950
m. Batiot-Auflage 18 bis 9 M.
Fecht Erbstüll, reich m. 875
Bänder, Handarb. 25 bis 1 M.

Relief-Tüll-Stores, neu 2 M.
Sezess-Muster 3 bis 2 M.
Echte Spachtel-Stores, 525
Applik. m. Spinnen 12 bis 5 M.
Point lace-, Stella- und
Lacet-Stores a. Erbstüll,
Neuheit 18 bis 6 M.

Vorjährige Muster und Restbestände jetzt fast für die Hälfte des Preises.

Teppichhaus
B. Hurwitz
Rotes Schloß 5308L*
vis-a-vis dem National-Denkmal.

Gegründet 1864.

Pelzwaren-Fabrik

S. Schlesinger
Neue Königstr. 21, II (Ordonanzhaus.)
Einzelverkauf wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Reisemuster bestehend in: Pelz-Stolas, Kolliers, Hüften etc. zu fabrikhaft billigen Preisen.
Sonntag geöffnet.

Jenensia-Räder
Brennabor-Räder

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder 65.-, Sozial-Luxus- mit Freilauf, 100.-,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Paletots und Anzüge
wegen vorgerückter Saison spottbillig.
I. Reisner
Badstr. 17.

Musikinstrumente - Musikwerke
mit auflegbaren Noten,
Violen, Zithern jeder Art,
Ziehharmonikas, Mundharmonikas, Phonographen
usw. in reichster Auswahl zu soliden Preisen empfohlen

Hermann Howe & Co., Berlin NO.
Jetzt **52 Große Frankfurterstraße 52.**
— Harmoniums nach amerikanischem Saugsystem. —

Pelz-
Stolas und Jacketts,
allgemein bevorzugt. Weihnachts-
geschenk zu sehr billigen Preisen
geboten.
57 Leipzigerstr. 57. **Hof.**
neben den Kolonnen.
Kein Schaufenster!

Uhren, Gold-, Silber-, Alfenidewaren
in größter Auswahl und moderner Ausführung
Reinh. Wankel
Brunnen-Str. 163
zwischen Anklamer- und Invaliden-Straße.
Gegründet 1877.



Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Faß-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbier in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 4510L*

Zu Festgaben!

Selten günstige Kaufgelegenheit
handgeknüpfter
Smyrna
und echt
Perser
Teppiche.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. **Oranienstr. 158.**

F. Bergmann & Sohn,
Jernalemerstr. 42,
Andreasstr. 53.
Weihnachts-Anverkauf
Wagenwagen 2.-
Pr. Sportwagen 0,75
Kinderwagen 8.-
Kinderbett 7.-
Bett. Kinderbett 3,40
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Neu. Vers. ab Fabrik.



Gerichts-Zeitung.

Eingriff in die Press- und Gewerbefreiheit. Der Versuch, durch Polizeigeetze die reichsgesetzlich gewährleistete Pressfreiheit und Gewerbefreiheit zu untergraben, nimmt in Sachsen eine immer größere Ausdehnung, nachdem kürzlich das Dresdener Oberlandesgericht erklärt hat, in einem solchen Eingriff nichts Ungelegliches finden zu können.

Wer es unternimmt, den Gewerbebetrieb eines anderen dadurch zu stören oder zu beeinträchtigen, daß er öffentlich vor einer Versammlung durch Verbreiten von Schriften oder Prekerzeugnissen oder in einer Zeitung oder durch öffentlichen Anschlag dazu auffordert bezw. darauf hinwirkt, in einem bestimmten Gewerbebetriebe keine Waren zu bestellen oder zu kaufen oder in den Räumen eines bestimmten Gewerbetreibenden nicht zu verkehren, wird, soweit er sich nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen strafbar macht, mit Geldstrafe bis zu 100 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Den sächsischen Reichsgesetzfeinden ist jetzt ein Eideshelfer in der Person des Herrn Dr. Komen erstanden. Dr. Komen, zur Zeit Kriegsgerichtsrat und Mitarbeiter des „Tag“, bestreitet selbstverständlich, daß die sächsischen Anordnungen in ihrer oberlandesgerichtlichen approbierten Anwendung gegen Pressfreiheit und Gewerbefreiheit verstoßen. Nach dem klaren Wortlaut des Reichsgesetzes unterliegt die Presse nur reichsgesetzlichen Beschränkungen. Eine Verordnung, die einen Verleger oder Redakteur einer Zeitung deshalb mit Strafe bedroht, weil er in der Zeitung mitteilt, in welchen Lokalen die Zeitung ausliegt und in welchen nicht, bleibt ein sinnloser Eingriff in die Press- und Gewerbefreiheit der Zeitung, auch wenn Dr. Komen dies nicht einsehen will oder kann.

Sum Umfang der Haftpflicht einer Straßenbahn. Das Kölner Oberlandesgericht hat, wie wir der „Rheinischen Zeitung“ entnehmen, über die Frage der Haftung einer Straßenbahn ein weitere Kreise interessierendes Erkenntnis gefällt: Am 16. April 1904 fuhr die Ehefrau H. als Fahrgast in einem elektrischen Straßenbahnwagen der Arefelder Straßenbahn. Sie bekam beim Anhalten des Wagens an der Haltestelle Krampfen, so sie aussteigen wollte, infolge des durch das Bremsen verursachten Stoßes im Wagen zu Fall und verletzte sich im Gesicht und an der einen Hand. Sie machte für den hierdurch entstandenen Schaden die Arefelder Straßenbahn-Aktiengesellschaft zivilrechtlich verantwortlich und beantragte, diese im Wege der Klage zur Zahlung eines Schmerzensgeldes und einer lebenslänglichen monatlichen Rente von 40 M. zu verurteilen.

Das Landgericht zu Düsseldorf als erste Instanz hat auf Grund der Beweisaufnahme ein Verschulden des Wagenführers als auch der Klägerin selbst für festgestellt erachtet und den Klageanspruch zu drei Vierteln seines Umfangs gerechtfertigt erklärt. Im übrigen die Klage abgewiesen. Auf erhobene Berufung hin wurde das Urteil des Landgerichts zu Düsseldorf durch Entscheidung des zweiten Zivilsenats des Kölner Oberlandesgerichts dahin abgeändert, daß der Klageanspruch zu seinem vollen Betrage dem Grunde nach als gerechtfertigt erklärt wird. Die Schadenersatzpflicht, so führt das Oberlandesgericht aus, ergibt sich aus drei Gesichtspunkten. Zunächst aus dem Reichshaftpflichtgesetz, denn die Klägerin hat den Unfall bei der Fahrt in einem Straßenbahnwagen, also bei einem Eisenbahnbetriebe erlitten. Die Haftpflicht der Bahnen aus dem Reichshaftpflichtgesetz ist keineswegs auf solche Unfälle beschränkt, die sich allein bei einem Bahnbetriebe ereignen können; es kommt für die Anwendbarkeit des Haftpflichtgesetzes an sich überhaupt nicht darauf an, ob bei dem Unfall ein der Eisenbahn eigentliches, sich von dem gewöhnlichen Transportgewerbe unterscheidendes Moment, das die Gefährlichkeit des Transportes erhöht, mitgewirkt hat, sondern darauf, daß der Unfall sich im Betriebe einer Eisenbahn ereignet hat. Die Frage der dem Eisenbahnbetriebe eigentümlichen Gefährlichkeit kann nur für die Fälle Bedeutung gewinnen, in denen ein Zweifel bestehen kann, ob ein Ereignis in den Bereich des Betriebes der Bahn überhaupt fällt. Niemals aber kann ein Zweifel darüber bestehen, daß die bestimmungsgemäße Beförderung auf den Bahnen zu deren Betriebe gehört. Uebrigens würde sich hier als besonders gefährliches Moment die bei den gewöhnlichen Transportmitteln nicht zu erreichende Fahrgeschwindigkeit darstellen, die ihrerseits wieder die Stärke der Erschütterung beeinflusst, die bei einem plötzlichen Anhalten der Wagen eintreten muß, und die für den Unfall der Klägerin kausal war. Die Erschütterung der Beklagten folgt zweitens aus dem zwischen den Parteien geschlossenen Transportvertrage. Die Erschütterung des Wagens ist dadurch hervorgerufen worden, daß der Wagenführer, anstatt die Fahrgeschwindigkeit allmählich zu verlangsamen, rasch die Bremsen hart angezogen hat. Bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte der Wagenführer die Möglichkeit erkennen können, daß durch dieses schnelle Anhalten Personen zu Fall kommen und dadurch verletzt werden könnten. In der Handlungsweise des Wagenführers, dessen sich die Beklagte zur Erfüllung ihrer, der Klägerin gegenüber obliegenden Transportvertragsverpflichtungen bedient hat, liegt also eine dem Wagenführer zurechenbare, schuldhaftige Verletzung der genannten Vertragsverpflichtungen, die die Beklagte gemäß § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches ohne Rücksicht darauf, ob sie selbst ein Verschulden trifft, in gleichem Umfange zu vertreten hat wie eigenes Verschulden. Die Handlungsweise des Wagenführers enthält nun auch, von jedem Verschulden abgesehen, in der durch sie hervorgerufenen Verletzung der Klägerin, die der Wagenführer in Ausübung der ihm von der Beklagten aufgetragenen Verletzung verübt hat, und für dessen schädigende Wirkung die Beklagte als die Verschuldete, herrin gemäß § 531 B. G. B. aufkommen muß, wenn sie nicht den Beweis erbringt, daß sie bei der Auswahl des von ihr angestellten Wagenführers die im Verlehe erforderliche Sorgfalt beobachtet hat. Dies ist der dritte Grund für die Haftung der Beklagten. Ein konstatierendes Verschulden der Klägerin, daß der erste Richter darin erblickt hat, daß sie zur Zeit der Erschütterung des Wagens sich erhoben hat und sich dabei nicht festgehalten habe, hat das Oberlandesgericht verneint, denn ein derartiges Verhalten sei allgemein üblich und sei einem ordnungsmäßigen Anhalten des Wagens auch keineswegs gefährlich; mit einem Rucke, wie er sich im vorliegenden Falle ereignet hat, braucht kein Passagier beim Anhalten des Wagens zu rechnen, sondern er darf erwarten, daß der Wagen, wie es sich gehört, ohne jede stärkere Erschütterung zum Stehen gebracht wird.

Nützliche Vorschriften eines Oberbergamtes. Das Schürfen nach Salzen betreffen Polizeiverordnungen des Oberbergamts Halle von 1890 und vom 1. Oktober 1903. Sie schreiben vor: Wer nach Salzen schürfen will, hat dies vorher der Bergbehörde (Revierbeamten) derart anzuzeigen, daß der Anknüpfung in die Mutungs-

überfichtskarte eingetragen werden kann. Von der Beendigung der Schürfarbeiten ist dem Bergrevierbeamten ebenfalls Anzeige zu machen. Der Schürfende hat Tabellen zu führen, woraus das Oberbergamt das Resultat erkennen kann. Die Tabellen sind auf Verlangen der Bergrevierbeamten vorzuzeigen etc. In einem Strafverfahren gegen den Herrn Koop von der Internationalen Vohrgesellschaft erfolgte in allen Instanzen Freisprechung von der Anklage, jene Vorschriften übertreten zu haben. Das Kammergericht verwarf schließlich die gegen das Urteil des Landgerichts Raumburg, der zweiten Instanz, eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft und führte aus: Die angezogenen Polizeiverordnungen des Oberbergamts seien ungültig, weil ihr Zweck lediglich der sei, der Bergbehörde die Kontrolle zu erleichtern. Polizeiverordnungen nur zu diesem Zweck seien unzulässig. Es wäre nicht zulässig, daß eine Behörde einen Privatmann, der an sich gestattete Arbeiten vornehmen lasse, zwingt, bestimmte Tätigkeiten lediglich zu dem Zweck vorzunehmen, daß die Behörde sehen könne, was geschehen sei.

Aus der Berufungsinstanz. Von ungerechter Verurteilung wurde der Schloffer Wilh. Mezger gestern von der ersten Strafkammer des Landgerichts II befreit. Der Angeklagte ist seinerzeit vom Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er einem Menschen, den er für einen Straßenräuber hielt und mit dem er ins Handgemenge gekommen war, einen Messerstoß versetzt hatte. Der Angeklagte war eines Nachts in Gemeinschaft mit einem anderen jungen Manne namens Wolf über den Wittenbergplatz gekommen, als sich ihnen zwei Wassermannsche Gestalten näherten, von denen der eine, ein Arbeiter Hildebrandt, den Angeklagten nach dem Wege zur Albenlebensstraße fragte. Die Frage war offenbar nur ein Vorwand zur Annäherung, denn wie sich später herausgestellt hat, wohnte der eine der beiden verdächtigen Männer selbst in der Albenlebensstraße, brauchte sich also nach dem Wege dorthin nicht zu erkundigen. Der Angeklagte und sein Begleiter hörten dann deutlich, daß der zweite junge Mann sagte: „Drückt ihm doch ein Gehirnarzt in die Hand!“ worauf der Angeklagte, der sich über die Situation nicht zweifelhaft war, laut sagte: „Wir haben kein Geld!“ und mit seinem Freunde weiter ging. Plötzlich kam es zwischen ihm und dem Hildebrandt zu einem Handgemenge. Der Angeklagte behauptet, von H. angegriffen worden zu sein und sich verteidigt zu haben, Hildebrandt behauptet das Gegenteil. Genug: der Angeklagte fiel mit seinem Stock, der ihm dabei entfiel, auf seinen Gegner, dieser drang mit demselben Stock auf den Angeklagten ein. Nun zog letzterer ein dolchartiges Messer und versetzte dem Hildebrandt zwei Stiche in die Seite. Er wollte dann entfliehen, wurde aber von Passanten, die auf den Hilferuf des H. herbeieilten, gestellt und von H. noch mißhandelt. Die Folge dieser nächtlichen Szene war, daß sowohl Mezger als auch Hildebrandt wegen Körperverletzung angeklagt wurden. Das Schöffengericht sprach letzteren frei, weil es annahm, er habe sich in der Notwehr befunden, verurteilte dagegen Mezger zu 6 Monaten Gefängnis. In der Berufungsinstanz erweist die Sache eine ganz andere Verleuchtung. Der Verleuchtungszuge Hildebrandt wurde in Straßingelassen vorgeführt. Denn er ist inzwischen wegen Straßenraubes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auch bezwahr der Begleiter des Angeklagten — gleichfalls ein unbefristeter Mann —, daß tatsächlich der Angeklagte zuerst von Hildebrandt angegriffen worden sei und sich nur gewehrt und verteidigt habe. Hildebrandt und sein Freund beschworen das Gegenteil. — Bei dieser Sachlage gelangte das Gericht zur Aufhebung des ersten Urteils und zur Freisprechung des Angeklagten, da Notwehr vorlag.

Verfammlungen.

Ueber die Lohnbewegung der Töpfer erstattete die Lohnkommission am Mittwoch Bericht in einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Töpfer. Wie aus der letzten Vertrauensmännerversammlung bekannt ist, hat die Kommission der Arbeitgeber Lohnerhöhungen bewilligt, die bei den einzelnen Positionen des Tarifs 1 bis 2,50 M. betragen, und die Vertreter der Arbeitnehmer haben sich damit einverstanden erklärt. Die Verammlung der Arbeitgeber hat nach anfänglichem Sträuben diesen Abmachungen ebenfalls zugestimmt. Darauf konnten dann die Einzelberatungen des Tarifs erfolgen. Diefelben sind in der Hauptsache abgeschlossen, und zwar so, daß der neue Tarif den vereinbarten Lohnerhöhungen entspricht. Ueber die Lohnsätze für Kochherde ist die Beratung noch nicht abgeschlossen. Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehen auch über die Festsetzung des Zeitpunktes, an dem der Tarif abläuft. Die Arbeitgeber fordern, daß der am 31. Dezember ablaufende alte Tarif noch bis zum 1. Februar gelten soll, weil die zurzeit in Arbeit befindlichen Bauten noch zu dem Sägen des alten Tarifs übernommen seien. Ferner wollen die Arbeitgeber, daß der neue Tarif bis zum 31. Dezember 1907 festgelegt werde. Die Arbeiter sind ganz entschieden gegen jede Verlängerung des alten Tarifs, ebenso gegen die Festsetzung des Ablauftermins auf den 31. Dezember. Sie fordern vielmehr, daß der neue Tarif mit dem 30. September abläuft, die Kündigung also am 1. Juli zu erfolgen hätte, weil diese Zeit für die Reudertung eines Tarifs den Arbeitern günstiger liegt wie die Zeit gegen Schluß des Jahres. Diese Forderung wurde in der Verammlung allgemein geltend gemacht und die Lohnkommission verpflichtete sich, dieselbe bei den noch fortzusetzenden Tarifverhandlungen mit aller Kraft zu vertreten. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die Verammlung erklärt sich mit den Beratungen der beiderseitigen Kommissionen, die von der Meisterversammlung angenommen sind, einverstanden und beauftragt, daß der von den beiderseitigen Kommissionen regulierte Tarif nunmehr endgültig am 1. Januar in Kraft tritt.

Zentralverband der Dachbeder. Die Verammlung bei Feind beschäftigte sich mit der Frage: Wie denken sich die Kollegen die fernere Verwaltung Berlins, wenn in Frankfurt a. M. ein zweiter Beamter ange stellt wird. Das Thema rief eine lange Debatte hervor, in welcher sich die meisten Redner dahingehend äußerten, auch ferner einen Beamten in Berlin behalten zu wollen, jedoch jeden Jutauß von der Zentrale abzulehnen. Der Beamte darf jedoch nur für Berlin tätig sein. Die Gehaltsfrage ohne Erhöhung der Einzelbeiträge könne durch Erhebung derselben das volle Jahr hindurch sehr leicht geregelt werden. Unter Verbandsangelegenheiten stimmte die Verammlung einstimmig dem Vorschlage des Vorstandes zu, welcher den Kollegen Georg Metzger aus Worms wegen unkollegialen Verhaltens aus dem Verband ausgeschlossen hatte. Als Vertreter zum Innungsschiedsgericht wurden Winkowski und Manke gewählt, als Stellvertreter Althaus und Kühn. Folgende Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen: „Die heute in Berlin tagende Jubiläumsversammlung des Zentralverbandes der Dachbeder vertritt auf das entschiedenste die Ansicht der Generalkommission, die sie dem Parteivorstande gegenüber eingenommen hat. Des weiteren schließt sie sich dem Artikel des Genossen Hoch im Jahrgang vollständig an.“

Vermischtes.

Im Pharns-Berlag ist soeben der „Berliner Wegweiser“ Ausgabe 1906 erschienen, das einzige offizielle Fahrplänenbuch sämtlicher Berliner und Vororts-Strassenbahnen. Die Fahrpläne dieser Gesellschaften sind in der Oberverlehrsinspektion der Großen

Berliner Strassenbahn selbst bearbeitet und enthalten alle Neuerungen, die erst in allerletzter Zeit festgestellt sind. Der „Wegweiser“ enthält ferner die Fahrpläne der Berliner Ostbahn, der Siemens u. Halske'schen Bahnen Groß-Lichterfelde—Steglitz und Steglitz—Dahlem—Grünwald, sowie die Fahrpläne sämtlicher Omnibuslinien, nach amtlichen Materialien aufgestellt. In übersichtlicher Weise reihen sich hieran die Fahrpläne des Berliner Eisenbahn-Verkehrs, Stadt-, Ring- und Vorort-Züge sowie die wichtigsten Verbindungen mit deutschen Großstädten. Ein vollständiges Strassenverzeichnis mit Hinweis auf den beigelegten Plan enthält bei jeder Straße und jedem Platz Angaben, von welcher Strassenbahn-Linie dieselben durchfahren oder gekreuzt werden, oder falls beides nicht zutrifft, welche Linie in unmittelbarer Nähe der Straße führt. An Stelle des bisherigen Planes ist ein ganz neu bearbeiteter, das ganze Reichsbild der Residenz und die wesentlichen Vororte umfassende zweifarbiger Pharusplan beigegeben. Der Plan umfaßt das gesamte Gebiet innerhalb der Ringbahn und sämtlicher näheren Vororte, wie Charlottenburg, Galesen, Wilmersdorf, Scharnberg, Schöneberg, Friedenau, Rixdorf, Stralau, Weihensee. Das Vließlein ist bei allen Schaffnern der Strassenbahn zum Preise von 25 Pf. zu haben.

Die gestohlenen Kunstschätze. Ueber die von uns bereits gemeldete Entwendung von Kunstgegenständen aus dem Residenzschloß in Weimar teilt das großherzogliche Hofmarschallamt folgendes mit: Fünfzehn wertvolle Zeichnungen und Aquarelle sind entwendet worden. Es sind die folgenden: Hofemann: Jahresartzene, H. Diez: Zerstörung Heidelbergs, v. Werner: Vemooster Burche zieh' ich aus, Hammer: Landtschaft, Graf Harcau: Kohlezzeichnung, Weibel: Schlachtenzene, Hummel: Aquarelle, v. Komede: Landtschaft, Marthall: Todtins Traum, Bause: Lanernder Hirsch, Professor Preller: Odysseus und Polyphem, Nibel: Gebirgslandschaft, Schenk: Der Waldhensler; ferner zwei Originalzeichnungen von Daniel Chodowicki: a) der Kopf eines alten Bettlers (in Rotstein und schwarzer Kreide), 172 Millimeter hoch und 108 Millimeter breit, b) Lotte gibt dem Diener Werthers die Pistolen, der Ammann sitzt am Tisch (Feder und Tusche), 303 Millimeter hoch, 224 Millimeter breit. Das großherzoglich sächsische Hofmarschallamt warnt vor dem Kaufe dieser Gegenstände und erucht um Mitteilung von etwaigen Verdachts Spuren oder dem Austausch der Wälder.

Städtische Gemeinden. Die Stadt Winterberg im Sauerlande, Viskofswerra in Sachsen, die Gemeinde Bracht (Regierungsbezirk Düsseldorf) beziehen aus ihren Waldungen solch bedeutende Einnahmen, daß dort keine oder doch nur ganz unbedeutende Abgaben zu entrichten sind.

Humoristisches von der Volkszählung. Aus Gröningen bei Karlsruhe wird eine ergötzliche Geschichte berichtet. Kam da der Zähler in die Wohnung eines alten, schwerhörigen Mütterchens und wollte ihr das Zählformular übergeben. Die Frau aber mißtraute dem feingekleideten, fremden Herrn und dem präventierten Schein. Sie wies das Formular mit dem Bemerkens zurück: „Als ob, i zahl' nix.“ Der Zähler suchte ihr nun begrifflich zu machen, daß es sich nicht um Bezahlen handle; die Frau aber schmit jede Erklärung mit den Worten ab: „I hab' Ihne schon e mol g'sagt, daß i nix zahl' nix.“ Eine hinzugekommene Hausbewohnerin erzieht nun den Auftrag, das Formular an die Angehörigen abzuliefern. Die gute Frau geriet darüber erst recht aus dem Häuschen und rief der Hausbewohnerin zu: „I hab' doch ded schon e paar mal g'sagt, daß i nix zahl' nix.“ Den ganzen Nachmittag besand sie sich in höchster Erregung wegen des vermeintlichen unheilvollen Jettels und erst am Abend, als ihr Sohn von der Arbeit nach Hause kam und ihr die Bedeutung des Formulars erklärte, gab sie sich zufrieden. Die gute Alte hatte eben die Zählung mit einer Zahlung verwechselt und zahlte nun sie nicht gern. — Ein anderes Humoristisches von der Volkszählung wird den „Hamburger Nachrichten“ aus Gießstadt mitgeteilt: Ein dortiger Einwohner hatte die Frage der Zählkarte nach dem Hauptberuf mit dem Worte „Korbmacher“ beantwortet. Hinter der Frage „Stellung im Hauptberuf“ stand als Antwort: „Wir sitzen bei der Arbeit“.

Die Annahme einer Erbschaft von rund einer Million Dollar hat ein Mann namens J. Gads Hoyt mit der Begründung verweigert, er habe das Geld nicht verdient. So wird aus New York gemeldet. Hoyt verbringt gegenwärtig täglich 16 Stunden in dem arbeitslosesten Viertel von St. Louis, wo er allgemeine Brüderlichkeit predigt. Er schläft in einem Heim der Heilsarmee und bereitet sich seine Mahlzeiten selbst auf einem Petroleumherd. Seinen Unterhalt erwirbt er sich durch Verkauf von Zeitungen und durch Gelegenheitsarbeiten.

Wenn jeder nur das Geld erhielte, was er verdient, so sähe es mit der kapitalistischen Gesellschaft recht windig aus, denn diese beruht darauf, den Mehrwert aufzuspeichern und ihn denen zu entziehen, die ihn wirklich verdient haben.

Witterungsübersicht vom 21. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometereinh., Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F., Stationen, Barometereinh., Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F.

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. Dezember 1905. Gemäßig warm, vorwiegend trübe mit Regenschauern und leichten südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 20. Dezember. Elbe bei Kuffg + 0,41 Meter, bei Dresden - 0,81 Meter, bei Magdeburg + 1,00 Meter. — Harz bei Stralsund + 1,85 Meter. — Oder bei Ratibor - Meter, bei Breslau Oberpegel - Meter, bei Breslau Unterpegel - Meter, bei Frankfurt - Meter. — Weichsel bei Braunschw. + 3,10 Meter. — Warthe bei Posen + 0,90 Meter. — Rode bei Ußg - Meter.

Eingegangene Druckschriften.

- Dr. O. Strelnik. Die Regierungslust. 126 Seiten. Manusk. I. u. L. Pol-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien 1, Hofmarkt 20.
Dr. J. Wolf. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 12. Monatlich ein Heft. Preis viertel. 5 M. Einzelsheft 2 M. 12 Hefte bilden einen Band. Verlag G. Reimer, Berlin, W. 35.
Deutschland in seiner Neuen Entwicklung 1806. Mit einer geschichtlichen Einleitung von Prof. Dr. Alf. Graf Du Roullin Glatz, München. Glog. Großformat 1,50 M. Stuttgart: Feib Lehmann, Verlag.
Krieg mit Frankreich. Bohm und die deutsche Karo-Kopist führen 24 Seiten. Verlag S. Eberhart, Berlin, W. 35.
D. Teute. 100 000 Schwemmen in sächsischer Regle als Netter aus der Rheinort. 20 Seiten. Preis 50 Pf. Thüringische Verlagsanstalt, Leipzig, Lindenstr. 20.
Dr. E. Grant. Die russische Revolution. 15 Seiten. Verlag „Vollstimm“, Mannheim.
D. Zandmann. Wie kann die heimische Kapitalindustrie und der deutsche Handel gefördert werden? 43 Seiten. Verlag G. E. Gosmann, Berlin, SW. 10.
England in deutscher Beleuchtung. 3. Heft. Preis 90 Pf. Herausg. Dr. Th. Zandmann, Berlin, Verlag Gebauer-Schwedische, Halle a. S.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 299. Freitag, den 22. Dezember 1905.

Inserate sechsgepalte Kolonelle 20 Pf.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg, Dienstag, den 20. Dezember (2. Feiertag), veranstalteten die Parteigenossen im Gebr. Arnolds „Schwarzer Adler“ eine Matinee. Anfang pünktlich 12 Uhr. Entree 30 Pf. Billetts sind auch bei den Bezirksführern zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadtvorordneten-Versammlung. In ungewöhnlich umfangreicher Sitzung, der letzten in diesem Jahre, erledigten die Stadtvorordneten am Mittwoch eine Reihe wichtiger Punkte. Die Vorlage betr. die

Verhandlung der Müllabfuhr,

die im Ausschuss eingehend vorbereitet war, gelangte ohne Debatte in Verbindung mit einem Antrag zur Annahme, der den Magistrat um eine Prüfung der Frage ersucht, ob den Unternehmern Bedingungen auferlegt werden sollen hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse sowie hinsichtlich hygienischer Schutzmaßnahmen bezüglich der Kleidung der Angestellten und der vorzusehenden Bade- und Wascheinrichtungen, sowie Ankleideräume. Die Anregung zu diesem Antrage war im Ausschuss von sozialdemokratischer Seite ausgegangen.

Eine empfindliche Niederlage brachte dem Magistrat die Besprechung einer sozialdemokratischen Interpellation, die sich auf den Versuch einer Beeinträchtigung

des Koalitionsrechtes händischer Arbeiter

bezog. Am 10. April d. J. hatte der Betriebsdirektor der Gasanstalten die Arbeiter dringend vor dem Besuch einer öffentlichen Versammlung zur Besprechung ihrer Lohnverhältnisse gewarnt und sich in dem betreffenden Anschlag auch Anschläge gegen das sozialdemokratische Mitglied der Gasdeputation erlaubt. Unsere am 3. Mai eingebrachte Interpellation hat der Magistrat erst jetzt, also nach 7 1/2 Monaten beantwortet. Genosse Hirsch wandte sich in seiner Begründung zunächst gegen diese Art der Verzögerung wichtiger Angelegenheiten seitens des Magistrats, um sodann in scharfen Worten das Vorgehen des Betriebsdirektors zu geißeln. Der Magistrat ließ durch den Delegierten der Gasanstalten, Stadtrat Cassirer, die Erklärung abgeben, daß sowohl die Deputation als auch der Magistrat in dem Anschlag des Direktors keine Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, sondern nur einen Hinweis auf den vorgeführten Weg der Verhandlung zwischen der Direktion und den Arbeitern erblickte. Der Direktor habe auf Befragen des Magistrats ausdrücklich erklärt, daß ihm jede Verletzung des Koalitionsrechtes ferngelegen habe. Mit seiner Ansicht fand der Magistrat keine Unterstützung in der Stadtvorordneten-Versammlung. Sowohl Stadtr. Dr. Frenkel (Lib.) als auch Stadtr. Dr. Hubatsch (Freie P.) stellten sich im großen ganzen auf den Standpunkt der Interpellanten.

Nach Erledigung der Interpellation nahm die Versammlung die Vorlage betr. die Nachbewilligung von 6000 M. für den Betrieb der

Säuglingsfürsorgestellen

unter Ablehnung eines Antrages Vogel (Soz.) an, wonach nicht nur stillenden Müttern, sondern auch schwangeren Frauen Unterstützungen gewährt werden sollen.

Gleichfalls angenommen wurde der Antrag Dr. Vorwardt (Soz.): „Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemeinsamer Deputation zu beraten, auf welche Weise das Terrain, welches die Stadt durch Kauf eines Teiles der Jungfernhöhe sowie zur Ermöglichung des Widmarstraße-Projektes vom Fiskus erworben hat, gänzlich oder doch zu einem Teile für die Stadt nutzbar gemacht werden kann, ohne daß es durch Verkauf an händischen in privaten Besitz übergeht.“

Lebhaft wurde es wieder bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, der die

Prüfung der letzten Stadtvorordneten-Wahlen

betrifft. Genosse Hirsch beantragte, die Wahlen der in der Stichwahl in der dritten Abteilung gewählten Herren sämtlich für ungültig zu erklären. Sämtliche Beamte seien von ihren Vorgesetzten einfach zur Wahl abkommandiert worden; nicht nur die Postunterbeamten und Bahnbeamten bezw. Bahnarbeiter seien in unzulässiger Weise beeinflusst, sondern auch auf die Magistratsbeamten sei ein Druck von oben ausgeübt. So hätten zum Beispiel zehn liberale Stadtvorordnete ein Flugblatt an die Magistratsbeamten versandt, das nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion eine schwere Wahlbeeinflussung bedeute. Es müsse verhärtet werden, daß das Wahlrecht in so schamloser Weise angegriffen wird. Wegen dieses Ausdrucks zog sich Medner einen Ordnungsruf zu. Stadtr. v. Liszt (Lib.) sprach für Gültigkeit der Wahlen, da eine Wahlbeeinflussung im Sinne des Gesetzes nicht vorliege. Interessant war es, daß Herr v. Liszt, obwohl er den erwähnten Aufruf selbst unterzeichnet hat, doch diese Vorgehen verurteilte; er entschuldigte es durch die gereizte Stimmung, in der sich die Liberalen infolge der sozialdemokratischen Wahlflugblätter befanden. Genosse Dr. Vorwardt nagelte den freisinnigen Medner auf dieses Zugeständnis fest und wies nochmals darauf hin, daß so grobe Verstöße, wie sie diesmal zulage getreten seien, die Ungültigkeitserklärung der Wahlen zur Folge haben müssen. Nachdem noch Genosse Sellin verschiedene Mängel bei der Aufstellung der Wahllisten zur Sprache gebracht hatte, schritt die Versammlung zur Abstimmung. Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages ergab. Sämtliche Wahlen sind also für gültig erklärt.

Es folgte die Besprechung der liberalen Interpellation: „Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu tun, um den Schädigungen entgegenzutreten, die durch den neuen

Volksschulunterhaltungs-Gesetzentwurf

der händischen Selbstverwaltung und dem händischen Volksschulwesen drohen?“ Stadtr. Otto begründete die Interpellation, indem er auf die dadurch hervorgerufene Schädigung der Volksschule hinwies und zum Protest dagegen aufforderte. Unter anderem schlug er vor, sich an die konservativen Vertreter Charlottenburgs, die mit freisinniger Hilfe gewählten Landtags-Abgeordneten Heßlich und Hammer zu wenden. In seiner Beantwortung der Anfrage sagte der Oberbürgermeister über den Einspruch in das Selbstverwaltungsrecht der Städte. Er glaubt, daß eine vom Magistrat abgeschickte Petition an beide Häuser des Landtages sowie die von ihm beantragte Einberufung des preussischen Städtetages Erfolg

haben wird und träumt von einem Sturm der Entrüstung, der durch das Volk gehen und es verhindern werde, daß der Entwurf Gesetz wird. Genosse Dr. Vorwardt unterzog den Entwurf einer gründlichen Kritik und nagelte die Interpellanten sowie den Oberbürgermeister auf ihre Haltheiten fest. Er verhöhnte die Herren, die sich vom preussischen Landtage etwas versprechen und trat energisch für die Beseitigung des Religionsunterrichts an den Volksschulen ein. Mit den Interpellanten erklärte sich auch die Freie Vereinigung durch den Stadtr. Hubatsch einverstanden.

Trotz der vorgerückten Zeit trat das Haus noch in eine Besprechung der Mitteilung des Magistrats, daß er die in der vorigen Sitzung beschlossene

Feuerungszulage abgelehnt

habe. Oberbürgermeister Schultze und Bürgermeister Rattig begründeten die ablehnende Haltung des Magistrats, während die Stadtr. v. Liszt und Hirsch warm für die Feuerungszulage eintraten. Wegen des lebhaften Widerspruches des Magistrats beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit, dem Magistrat 100 000 M. zur Verfügung zu stellen, um daraus an die händischen Arbeiter pro Kopf 50 M. und an die Beamten und Lehrer mit weniger als 3000 M. Gehalt pro Kopf 75 M. Feuerungszulage in zwei Raten zu zahlen.

In der Debatte kam es zu einem Konflikt zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorordnetenvorsitzer. Letzterer äußerte eine Redewendung des Stadtvorherrn, worauf dieser erwiderte, daß der Vorsitzer keine Disziplinargewalt über die Mitglieder des Magistrats habe. Der Vorsitzer betonte demgegenüber energisch, daß er die Ordnung im Saale aufrecht zu erhalten habe und drohte, als der Oberbürgermeister sich nochmals gegen diese Auffassung wandte, mit der Aufhebung der Sitzung. Erst jetzt beruhigte sich Herr Schultze. Solche Konflikte sind in Charlottenburg keine Seltenheit.

Die nächste Sitzung findet am 10. Januar 1906 statt.

Am sozialdemokratischen Wahlverein hielt am Dienstag Genosse Dr. Gradnauer einen Vortrag über die neuen Gesetzesvorlagen im Reichstoge. Der Redner beschäftigte sich zunächst in eingehender Weise mit der Flottenvorlage. Er wies zahlreich nach, in welcher rapiden Weise der Marine-Etat gestiegen ist. In seinen weiteren Ausführungen zog Medner die gesamte auswärtige Politik in das Bereich seiner Betrachtungen. Die großen Pläne der Regierung erfordern naturgemäß erhebliche Mittel, die, wie immer, von der breiten Masse der werktätigen Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Der Redner verpflichtete das dem deutschen Volke dargereichte Steuerbudget, um schließlich zu einer Schilderung der politischen Situation in Deutschland überzugehen. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt.

Zur Aufnahme in den Verein hatten sich 34 Genossen gemeldet, gegen die Einwendungen nicht erhoben wurden.

Der Vorsitzende forderte die Genossen auf, Buns sowie Listen bis zum 31. d. M. abzurechnen, auch unsere schöne Bibliothek mehr wie bisher zu benutzen. Genosse Schmidt wies darauf hin, daß es sich wohl erübrige, einen erschöpfenden Bericht über die Delegiertenversammlung von Groß-Berlin zu geben, da der „Vorwärts“ eingehend berichtet habe und jeder Genosse „Vorwärts“-Leser sein möchte. — Genosse Habicht stellte den Antrag, in der nächsten Mitgliederversammlung die letzten Stadtvorordneten-Wahlen zu besprechen. Genosse Habicht sowie Genosse Iko begründeten diesen Antrag damit, daß wir doch ohne Zweifel eine Niederlage erlitten hätten und es notwendig sei, die Frage zu ventilieren, wie wir uns in Zukunft zu den Stadtvorordneten-Wahlen verhielten. Der Antrag wurde gegen sieben Stimmen angenommen. Der Vorsitzende Paul Schmidt schloß die leider nur schwach besuchte Versammlung mit dem Wunsch, daß im neuen Jahre fleißiger agiert und gearbeitet werden möge wie im alten.

Rummelsburg.

Eine reichhaltige Tagesordnung hatte die letzte Gemeindevertretersitzung in Rummelsburg zu erledigen. Punkt 1 der Tagesordnung betraf den Einspruch der Witwe Wählich gegen den von der Gemeinde aufgestellten Bebauungsplan für das sogenannte Schweinemarktviertel. Der Bebauungsplan sieht östlich des Bahnhofs des Nordringes eine platzartige Erweiterung vor. Die Witwe Wählich, welche Eigentümerin der antehenden Grundstücke ist, die durch diese Erweiterung eine kleine Einbuße erleiden, sieht sich trotz der von ihr durch den Wertzuwachs mühelos eingeholten Millionen geschädigt. Der Einspruch wird einstimmig abgelehnt. Die Stadt Berlin beabsichtigt auf ihrem in der Wohlbede gelegenen Terrain ein Gasanstalt zu errichten. Das hierdurch notwendige Anschlußgleis soll aber das der Gemeinde gehörige Grundstück (Dostische Wiesen) geführt werden. Die Gemeindevertretung erklärt sich bereit, hierzu die Genehmigung zu erteilen — wenn der Berliner Magistrat sich verpflichtet, seine in der Wohlbede gelegenen Terrain sofort unter noch zu vereinbarenden Bedingungen in unseren Gemeindebezirk einzuverleihen.

Die Erhöhung der Alterszulagen und der Mietschädigung für die Volksschullehrer zeitigte eine längere Debatte. Die Erhöhung der Alterszulagen von 200 M. auf 250 M., wie solche bereits in mehreren Vororten gezahlt werden, hatte die Gemeindevertretung der hiesigen Lehrerschaft schon seit Jahren verprochen. Erfüllt wurde das Versprechen bei der diesjährigen Sitzungsberatung. Nun aber kam die Regierung und verlagte die Genehmigung. Die Lehrerschaft, welche die Erhöhung bei der Regierung vorstellig wurde, erreichte, daß dieselbe sich geneigt erklärte, die Erhöhung der Alterszulagen von 200 M. auf 225 M. und eine Mietschädigung von 500 M. auf 550 M. zuzulassen. Man hätte nun meinen müssen, daß die Gemeindevertretung ohne weiteres dieser Erhöhung zustimmen würde, da nach diesen Sätzen die Gemeinde gegen den ersten Beschluß, welcher eine Erhöhung der Alterszulagen von 200 M. auf 250 M. vorsch, auf die Dauer noch eine größere Ersparnis erzielte. Die Mehrheit stimmte aber wie auf Kommando nur für die Erhöhung der Alterszulagen von 200 Mark auf 225 Mark. Die Erhöhung der Mietschädigung soll erst nach einer genaueren Berechnung unterzogen werden. Der Bau des Realgymnasiums macht die Verlegung des Aufgrabenskanals auf einer Strecke von 27 laufenden Metern notwendig. Der Verlegung, sowie den hierdurch entstehenden Kosten im Betrage von 1400 M. wird zugestimmt. Die Gründung von neuen Lehrstellen an der Volksschule, sowie einer neuen Oberlehrerstelle bei dem Realgymnasium wird beschloffen.

Mit 13 gegen 12 Stimmen wird eine Regelung des Nachwuchses dahingehend beschloffen, daß vom 1. April 1906 ab an Stelle der sogenannten Nachwüchser-Amtsdiener treten. Diese Amtsdiener sollen dann den Titel Polizeigerant erhalten. Die Anstellung der so bedingten Polizeigeranten muß bereits zum 1. Januar geschehen, da dieselben nach neuester Vorschrift vor Eintritt in den aktiven Dienst erst ein Vierteljahr die Polizeischule besucht haben müssen.

In das Sanatorium des hiesigen Krankenhauses wird Genosse Ritter gewählt.

In der nicht öffentlichen Sitzung gibt der Bürgermeister bekannt, daß das Ersuchen der Gemeindevertretung, Kenntnis von den Urteilsgründen im Disziplinarverfahren gegen den Baumeister Gayk zu erhalten — vom Landrat abschlägig beschieden sei. Das Disziplinarverfahren, welches über zwei Jahre dauerte, und der Gemeinde 12 000 M. gekostet hat, endete mit der Verurteilung des p. Gayk zu 300 M. Geldstrafe ohne Dienstentlassung.

Es ist ganz unverständlich, daß der Landrat sich weigerte, die Urteilsgründe der Gemeindevertretung mitzuteilen. Aber er scheint die bürgerliche Mehrheit zu kennen, daß er ihnen derartige Ohrfeigen bieten kann, ohne daß die Herren mucken, geschweige denn, daß sie Protest erheben.

Als Geschenk zur Silberhochzeit des Kaiserpaars wurden von den bürgerlichen Vertretern einstimmig 10 000 M. zum Kaufsunds des hiesigen Krankenhauses bewilligt, den Standpunkt unserer Partei brachte Genosse Tempel zum Ausdruck.

Schöneberg.

Stadtvorordneten-Ergänzungswahlen. Für den 2., 6. und 8. Bezirk hat der Magistrat den Wahltermin auf Donnerstag, den 11. Januar 1906 von 11—8 Uhr abends angesetzt. Im 2. Bezirk handelt es sich um das durch Niederlegung frei gewordene Mandat des Stadtvorordneten Schneider, während im 6. und 8. Bezirk bekanntlich Genosse Dohst gewählt war und infolge seiner Doppelwahl in diesen beiden Bezirken ebenfalls Neuwahlen stattfinden müssen.

Auch eine „Schenkung“. Wenn Millionäre unter die „Wohlthäter“ gehen, dann dürfte es vielleicht angebracht sein, einmal näher auf die Ursachen einzugehen, denen der „Erwerb“ materieller Reichtümer zu danken ist. Wohl nicht mit Unrecht hat sich die Bezeichnung „Schöneberger Millionenhauer“ auf jene Leute gelegt, denen ohne besonderes Zutun ungezählte Millionen in den Schoß gefallen sind, und gerade Schöneberg, hart an der Peripherie Berlins, dürfte hierfür wohl der lauffähigste Beweis sein. Noch vor kaum 30 Jahren obdes Kartoffel- oder Brachland, sind die damaligen Besitzer des letzteren heute infolge der kapitalistischen und wucherischen Ausbeutung des Grund und Bodens in eine Position gekommen, von der sie und ihre Nachkommen wohl nicht geträumt haben dürften. Und noch eine ganze Reihe derartiger „Multimillionäre“ — wie der Stadtvorordnete v. Brandenberg in der letzten Stadtvorordnetenversammlung sich ausdrückte — sind im „gelegneten“ Schöneberg vorhanden und anständig. Was diese Leute alles „im Interesse ihrer Vaterstadt“ getan haben sollen — das entzieht sich unserer Kenntnis; soviel aber steht fest, der Geldbeutel hat darunter nicht gelitten. Und wenn nun gar einer oder mehrere dieser Glücklichen plötzlich mal das Bedürfnis empfinden, den Wohlthäter zu spielen — der Anlaß dürfte ja vielleicht nebenfächlich sein, denn dazu ist reichlich genug Gelegenheit vorhanden — so hätte man schon ein nicht zu engherziges Hineingreifen in den Mannschonitz erwarten können. „Was die rechte Hand tut, braucht die linke nicht zu wissen.“ — Als am Montag in der Stadtvorordneten-Sitzung vor Eingang in die Tagesordnung der Vorsitzende mit erheblicher Stimme Mitteilung machte, von den eingegangenen Schenkungsurkunden — die weil in punkto „Stiftungen“ trotz seiner notorisch reichen Leute Schöneberg recht lässlich dastehet — war man allgemein gespannt der Dinge, wadon der Summe, die von den Wohlthätigen Erben (es sind ihrer eine ganze Reihe) „zu wohltätigen Zwecken“ geopfert werden sollen. Ganze fünfzigtausend Mark — welche horrenden Summe —, es kam schäutern von den Lippen des Vorsitzenden. Von den Zinsen dieses Kapitals sollen neben einigen Legaten (zusammen 600 M.) Unterstützungen an bedürftige Einwohner zur Verteilung gelangen. — Hätte nicht Stadtr. v. Brandenberg — wie immer — daran gedacht, man hätte vielleicht den höflichen Dank vergessen.

Nieder-Schöneeweide.

In der Gemeindevertretung von Nieder-Schöneeweide teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die neue Untergrundbahnstrecke von der Anfuhrheimchen Fabrik über die Verkerstraße und die Tredombühlde fertiggestellt und polizeilich abgenommen ist. Die Untergrundbahn-Gesellschaft ist verpflichtet, die Bahn nach der einen Richtung bis Treptow, mit Anschluß an die Unterpreuboh Schleifbahn Bahnhof-Treptow, andererseits bis zum Bahnhof Oberpreue bis spätestens zum Jahre 1908 anzubauen. Mit der Stadt Berlin sind die Verhandlungen bereits abgeschlossen, auch eine Einigung mit der Gemeinde Treptow dürfte bald erfolgen, so daß mit den Bauarbeiten für die Verlängerung der Nieder-Schöneeweider Untergrundbahnstrecke im nächsten Sommer begonnen werden kann. Die Kanalisation des Ortes ist fertiggestellt und soll demnächst in Betrieb genommen werden. Da die Kosten jedoch die durch eine Anleihe beschafften 200 000 M. übersteigen, soll eine neue Anleihe von 25 000 M. aufgenommen werden, welche bereits die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden hat.

Reinickendorf.

In der letzten Sitzung der Reinickendorfer Gemeindevertretung gelangten auch Berliner Verkehrsfragen zur Erörterung. Der von der Großen Berliner Straßenbahn gestellte Antrag auf Konzeptionsverlängerung bis 1900 wurde von der Gemeindevertretung abgelehnt, die sich damit einverstanden erklärte, daß die Gemeinde Reinickendorf gemeinsam mit der Stadt Berlin und den übrigen Vororten die Frage weiter behandle. Wie der Vorsitzende, Bürgermeister Wille, mitteilte, sind die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Kündner wegen Weiterführung der geplanten Untergrundbahnlinie Berlin Süd-Nord resultatlos verlaufen. Der Oberbürgermeister habe erklärt, daß der einstimmige Beschluß der Verkehrsdeputation den Endpunkt der Bahnlinie nach der Müller- und Seckstrassen-Ecke zu verlegen, nicht abzuändern sei. Eine Umleitung der Trasse nach der Reinickendorferstraße sei ausgeschlossen. Dagegen wäre es vielleicht möglich, bei gesicherter Rentabilität eine Pendelbahn durch die Reinickendorferstraße nach Reinickendorf zu führen.

Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, in den Dienstwohnungen der Schulkollegen Badeanlagen zu schaffen. Die Bureauassistenten und Sekretäre der Gemeindeverwaltung sollen sich in Zukunft einer Prüfung unterwerfen und genehmigte die Versammlung das hierzu erforderliche Statut. Endlich wurde beschloffen, die Draniensburger Chaussee in der Breite von 12 Meter neu zu pflastern. Die Kosten betragen circa 230 000 M., welche zum Teil vom Kreis wieder erstattet werden.

Röpenitz.

In der letzten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Bah... rems hielt der Genosse Koyke einen Vortrag über die

Ziele der Sozialdemokratie. Den Bericht von der Kreis-Generalversammlung erstattete Genosse Baronowski. Regel gab den Bericht von der Generalversammlung des Verbandes für Groß-Berlin. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Die Versammlung erklärte sich mit der Stellungnahme der Delegierten einverstanden. 82 neue Mitglieder wurden einstimmig aufgenommen. Es zeigt sich, daß die politische Organisation auch in Köpenick weitere Fortschritte macht. Mögen die Genossen fortfahren in ihrer agitatorischen Tätigkeit, dem Wahlverein immer mehr neue Mitglieder zuzuführen. Wir haben noch ein großes Arbeitsfeld zu bearbeiten, denn noch nicht ein Drittel derjenigen, die am 16. Juni 1903 ihre Stimme für den Sozialdemokraten abgaben, ist politisch organisiert. Der Kaiserliche Schlichter ersuchte die Mitglieder, ihre Beiträge noch im alten Jahr zu bezahlen. Ferner gibt der Vorstand in der Neujahrswoche Fragebogen aus, und wünscht, daß die Genossen die gestellten Fragen richtig beantworten und dann an die Bezirksführer zurückgeben, um eine genaue Statistik ausarbeiten zu können.

Weißensee.

Der Etat der höheren Schule für 1906 ist bereits vor der allgemeinen Ortsberatung unter Dach und Fach gebracht. Die Anstalt zählte bei der Eröffnung am 1. April 1904 insgesamt 106 Schüler, die Frequenz stieg im Laufe des ersten Schuljahres auf 135, im Laufe des zweiten auf 175. Freistellen sind nach angestellten Ermittlungen drei vorhanden und zwar genötigt diese: der Sohn eines Tischlergehilfen, der dritte Sohn eines reichbegüterten Gemeindevorsetzers und ein Enkel eines Kuratoriums-Mitgliedes. Die letzten beiden Herren mühten sich von untern Genossen in öffentlicher Sitzung harte Worte sagen lassen ob ihrer Begehrlichkeit an die Gemeinde. Aus ihren Antworten war zu ersehen, daß ihnen diese Kritik recht unangenehm war. Ein Schüler der höheren Schule kostet der Gemeinde zirka 120 Mark, während ein Volksschüler nur 44 Mark kostet. Ein Antrag unserer Genossen, das Schulgeld zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die Regierung drängt in letzter Zeit sehr stark, daß für die Realschule ein eigenes Schulgebäude mit Direktorenwohnung errichtet werden soll, jedoch ist man mit der Platzfrage noch nicht einig; einzelne maßgebende Personen scheinen wieder stark hinter den Kulissen zu arbeiten. — Für katholischen Religionsunterricht, welcher bisher von einem Pfarrer unentgeltlich erteilt wurde, wird die respektable Summe von 200 M. gefordert; an dem katholischen Religionsunterricht nehmen 10 Schüler teil. — Für die Einrichtung eines physikalischen Lehrzimmers werden 8000 M. gefordert und ist von dem Direktor in Aussicht gestellt, daß im nächsten Jahre die gleiche Summe erforderlich ist. Die Ausstattung zweier neu zu errichtender Klassen erfordert weitere 750 M. Mit einem in Aussicht genommenen Zuwachs von 40 Schülern würde eine Einnahme von 24 000 M. erzielt, dem steht eine Ausgabe von 46 000 Mark gegenüber, so daß die Gemeinde einen Aufschub von 21 800 Mark zu leisten hat. Wird im nächsten Jahre der Schulhausbau vollendet, dann wird der Aufschub sich ganz bedeutend erhöhen müssen. Nach der jetzigen Schullerzahl sind prozentual noch zehn Freistellen zu besetzen, von denen aber kein Gebrauch gemacht werde. Bemühtens lautete so die Antwort des Direktors auf eine diesbezügliche Frage. Die Eltern befähigter Kinder werden gut tun, sich um eine solche Freistelle zu bewerben.

Die Anstellung zweier Gemeindevorstände und zwar je einen für Hochbau und Tiefbau, hat die letzte Gemeindevorstanderversammlung beschlossen. Das Dienstverkommen soll jährlich 6000 M. betragen, steigend von drei zu drei Jahren um je 500 M. bis zum Höchstgehalt von 7500 M. Dieser Beschluß zeigt einen Fortschritt und dürfte nicht ohne Wirkung bleiben. Die Notwendigkeit der Anstellung zweier Bauverwalter ist durch die vielen Gebühre für Bauaufsichten, Bauabnahmen usw. durch auswärtige Baumeister sowohl als durch kommende große Bauausführungen und Projekte begründet worden.

Wilhelmshagen.

Am Sonntag, den 17. Dezember, fand die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Verein von 82 Mitgliedern des Vorjahres auf 116 gestiegen ist. Mitgliederversammlungen wurden 17, politische Diskussionsabende 12 abgehalten. Die Einnahmen betragen 451,80 M., die Ausgaben 361,17 M., der Kassenbestand ist demnach 90,13 M. Der „Vorwärts“ wird in Wilhelmshagen in 188. in Nordend in 11 Exemplaren gelesen. Ist auch im allgemeinen gegen das Vorjahr ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen, so läßt der Besuch der Tagungen sehr oft zu wünschen übrig. Die Reuwall der Funktionäre ergab folgendes: Kemmig, Vorsitzender; Schwarz, Kassierer; Alban, Schriftführer; Haschel und Reusch, Redigoren; Rihmann, Bibliothekar; Krätze, Kemmig, Boitwode, Jähle und Eigenbrodt, Abteilungsleiter.

Liebenwalde.

Vom Kampf mit geistigen Waffen. Am Abend desselben Sonntags, an dem die Reindendorfer Genossen ihre Kalender in Liebenwalde verbreiteten, hielt auch der konservative Verein für Niederbarnim in Liebenwalde eine öffentliche Versammlung ab, welche den Verantwältigten des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ zu ähnlich war, daß man wohl annehmen kann, der obige konservative Verein habe nur als Deckmantel für die schamlosen Bestrebungen des „Reichsverbandes“ gedient. Tagesordnung sollte sein: „Die Ereignisse der letzten Monate und die Sozialdemokratie“. Unsere Kalenderverteiler, die übrigens schon vorher Kunde von der Sache hatten, ließen es sich natürlich nicht nehmen, auch dorthin zu gehen, obwohl nur „nationale Männer“ geladen waren. Gleich bei Eröffnung gab einer der Einberufer, der gewesene Landrat des Kreises, von Trezlow, bekannt, daß alle nicht nationalen Männer kein Recht zum Besuch der Versammlung hätten; wollten dieselben sich jedoch als Gäste ruhig und anständig benehmen, dann könnten dieselben bleiben. Eine recht unangenehme Sache für den Herrn. Unsere Genossen blieben. Die Ausführungen des ersten agrarischen Redners bewegten sich nun in den gewöhnlich bekannten Gleisen unter mehrfachen Seitenhieben gegen die bösen Sozialisten und die nächste Sprecher kammerherb v. Veltheim konnte natürlich nicht aus seiner „Edelmännchen“-Haut heraus. Die Krönung des Abends bildete aber das Referat eines Stadtrats a. D. Dahms aus Neuenhagen, welcher bei sehr geringer rednerischer Begabung aber einen wohlgefüllten Ritzentafel a la Wilton verfügte, welchen er Nummer für Nummer über die mehr oder weniger gläubigen Hörer entleerte. Da fehlte weder die Wille Bebel, noch die von Arbeitergroßen sich maßgebenden Heyer, weder der bekannte Schweinebergler, der „Wählgewerks“, noch die armen sechs Redakteure; alles war vertreten, sogar das Reuwall, die verammlichstrenge Jugendorganisation Vereins. Als der Einberufer zur Diskussion aufforderte, meldete sich Genosse Kemmig zum Wort. Vom Versammlungsleiter befragt, wo er wohne, und ob er Sozialdemokrat sei, wich Kemmig der Auskunft über das letztere aus und meinte, er wolle mit seinen Ausführungen nur zeigen, daß man doch gut national sein könne, ohne doch die Ausführungen der Referenten anerkennen zu brauchen. Der Vorsitzende versprach unserem Genossen, daß er die Versammlung befragen wolle, hielt sein Versprechen jedoch nicht, sondern gab nach einer kleinen Rücksprache mit dem Einberufer bekannt, daß er Kemmig nicht sprechen lasse, weil er Grund zur Annahme habe, daß Kemmig zur Unsturzpartei gehöre. Offenbar traute man der Versammlung nicht ganz, denn der dem Referenten gesandete Beifall war recht mäßig. Unsere Genossen mühten sich natürlich das Feld räumen, doch nicht ohne die Herren aufzufordern, ihren Ritzentafel doch einmal in unsere Versammlungen mitzubringen. Zur Ehre der Liebenwalder Arbeiter sei übrigens gesagt, daß dieselben bis auf eine kleine Zahl Genossen vollständig ferngeblieben waren; so viel politischen Instinkt haben auch diese Arbeiter, obwohl sie nicht Sozialdemokraten sind, doch schon, daß sie die Veranstaltungen der Protokollanten nicht mehr füllen helfen. Die Hoffnung, die der gewesene Landrat v. Trezlow aussprach, daß es bei geeinigtem Vorgehen gelingen müßte, um den Reichstagswahlkreis Niederbarnim wieder zu erreichen, wird wohl zu Wasser werden.

Teltow.

Ein böses Ende nahm eine am Montag stattgehabte Begräbnisfeier. An diesem Tage erfolgte die Beerdigung einer Frau Sellen, an der sich auch ihre vier Söhne beteiligten. Der jüngste, ein Unteroffizier, glaubte nach Entfernung des Geistlichen etwas Besonderes tun zu müssen; er hielt eine Ansprache, in welcher er seine Brüder ermahnte, sich an ihm ein Beispiel zu nehmen, weil er solange die Stütze seiner Eltern gewesen sei und auch bleiben werde. Das ärgerte die Bekannten, die in das nebenan liegende Lokal gingen und sich dann angetrunken in die Wohnung des Bates begaben. Dort kam es zu heftigem Wortwechsel, erst mit dem Vater, dann noch mit dem Unteroffizier. Dieser Wortwechsel artete zu einer solennen Schlägerei aus, bei der Blut floß.

Spandau.

Unterschlagungen amtlicher Gelder sind in der städtischen Steuerkasse zu Spandau aufgedeckt worden. Unter denjenigen Einwohnern, die nach dem diesjährigen Termin der Steuerzahlung Mahngeld erhielten, befand sich eine größere Anzahl von Personen, die ihre Steuerquote rechtzeitig entrichtet hatten und denen darüber auch Quittungen ausgestellt worden waren. Sie erhoben gegen die ungerichtfertige Mahnung im Rathaus Einspruch; dabei stellte es sich heraus, daß diesen Steuerzahlern das Geld von einem bestimmten Beamten, dem Assistenten Jini, abgenommen worden war. Als dessen Kasse und Bücher revidiert wurden, wurden die Unterschlagungen auf der Stelle entdeckt. Er hatte über 900 M. Steuergelder mit abgeführt, sondern in seine Tasche gesteckt. Den Eingang der Beträge hatte er nicht in das Einnahmehuch eingetragen. Der unredliche Beamte wurde sofort von seinem Posten entbunden. Ein Schaden erwächst der Stadtkasse nicht, da das Defizit durch die Revision des Beamten gedeckt ist. Jini ist Familienvater und steht bereits seit zwölf Jahren in städtischen Diensten.

Der Konsumverein „Merkur“ schließt nach dem Geschäftsbericht wie folgt ab: Aktiva: Kassa 147,05 M., Warenbestand 6602,82 M., Debitoren 178,85 M., Inventar 1485,68 M., und Utensilien 74,25 M., in Summa 8439,18 M. Passiva: Kreditoren 3184,06 M., Unkosten-Konto 11,00 M., Anteil-Konto 2837,68 M., Reserve-Fonds 452,58 M., Dispositions-Fonds 135,76 M., Darlehen 1100,00 M., Sparmarken 316,76 M. und Reingewinn 509,88 M., in Summa 8438,13 M. Es war leider nur ein Reingewinn von 509,88 M. erzielt worden. Der Vorsitzende empfiehlt, in diesem Jahre keine Dividende zu verteilen und den Ueberschuß den einzelnen Posten zuzuwenden. Dem entsprechend beschließt die Generalversammlung, Der geringe Ueberschuß ist einerseits dem Umstande zuzuschreiben, daß das Zweiggeschäft in der Weihenburgerstraße schließt, andererseits hat der Verein zu wenig laufende Mitglieder. Es wäre sehr erwünscht, wenn die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften mehr Interesse für die Konsumgenossenschaften zeigten.

Berliner Nachrichten.

Weihnachtsparade des Glends.

Der jetzt vor Weihnachten in den Abendstunden einen Gang durch ein paar der belebtesten Geschäftsstraßen in Berlin machen will, dem können ganz eigenartige Gedanken über „das schönste aller Feste“ aufsteigen. Hinter den großen Spiegelwänden aller der lockenden Schaufenster liegt in strahlender Helle ausgebreitet, was uns das Leben angenehm und beglückend macht. In den geräumigen Läden aller der zum Kauf einladenden Geschäfte lagert eine schier unermessliche Fülle von Nützigem und Ueberschüssigem. Da fehlt nichts, was ein Herz begehren darf, wenn es über das erforderliche Kleingeld verfügt. Und ein dichtes Gewimmel von Menschen durchflutet die Straßen und strömt in die Läden hinein. Omnibus und Straßenbahn, Droschke und Equipage führen immer neue Scharen herbei — und jeder lauft mit freudiger Hand, Silber und Gold rollen in die reich sich füllenden Taschen des schmunzelnden Kaufmanns, ein Zauber des Kaufens hat alle Welt ergriffen. An dem „schönsten aller Feste“, dem Fest der „Nächstliebe“, des allgemeinen „Friedens“, will jeder dem anderen „eine Freude machen“.

Wie hat doch manchmal die Gelegenheitsaufeinanderprallen! Gerade in den vornehmsten Geschäftsstraßen, vor den glänzendsten Läden und Magazinen, den Stätten des ausschweifendsten Luxus, begegnet man jetzt auch der bittersten Not und dem tiefsten Elend. Geh' einmal abends durch die Leipzigerstraße und lenke deinen Blick auf die Scharen der Kinder, die dort auf den Trottoirs umhersehen und das vorüberwandelnde elegante Straßenpublikum anschauen, ihnen etwas von ihrem Kram abzulassen. Auf der Straße vom Spittelmarkt bis zum Potsdamer Platz kannst du viele Hunderte solcher Kinder zählen, Kinder in allen Größen und Lebensaltern, von den fast der Säule entwochenen hinab bis zu den noch nicht schulpflichtigen. In dürftiger Kleidung und mangelhaftem Schuhwerk harrten sie in Kälte und Nässe aus, viele Stunden hindurch, vom Nachmittag bis zum späten Abend. Friersond, hungrig und müde stehen sie auf den Vordschwellen, lehnen sie an den Handfronten, sitzen sie auf den Stufen vor den Ladentüren. Manches Kind plappert gleichgültig nur noch mit halber Stimme in den Straßenlärm hinein, was ihm zu Hause eingelehrt wurde. Es ist empörend, daß schwächliche Kinder in dieser Weise ausgenutzt werden müssen.

Die erwerbende Nebenbeschäftigung der Kinder wird in dem amtlichen Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte erwähnt. Ein Schularzt habe die Einwirkung solcher und ähnlicher Beschäftigung auf die Kinder untersucht und dabei die Beobachtung gemacht, daß in einzelnen Fällen die Tätigkeit der Kinder noch immer über das hygienisch wünschenswerte Maß hinausgehe. „Trotzdem kann ich“, so gliedert der Bericht die Angaben dieses Arztes, „nicht umhin, zu erklären, daß ein großer Teil gerade der erwerbendsten Kinder nur gut gehalten und gut genährt, ja in ihrem Benehmen besonders geübt erschien, was ich mit der wirtschaftlichen Strebsamkeit der Eltern in Verbindung bringen möchte.“ Wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß ein Schularzt sich über die erwerbende Nebenbeschäftigung von Schulkindern so äußern könnte. Vielleicht nimmt sich der Herr einmal die Zeit, jetzt vor Weihnachten durch die Leipzigerstraße zu gehen.

Auf und hat der Anblick, den manche dieser Kinder bieten, erschütternd gewirkt. Es sind Kinderchen darunter, die geradezu erbärmlich aussehen. An einem der letzten Abende soll, so wird gemeldet, in der Leipzigerstraße nahe der Wasserstraße eine arme Witwe, die dort mit ihren vier Kindern Weihnachtsartikel feil hielt, auf dem Bürgersteig betäublos zusammengebrochen sein. Die Nachricht klingt leider sehr glaubhaft, und wir wundern uns nur, daß auf diesem Schicksal der erwerbenden Not und zugleich des vergehenden Ueberschusses nicht schon manchem Kinde dasselbe Schicksal befallen gewesen ist. Wenn die diese Weihnachtsparade des Glends in dieser Umgebung gesehen hast, dann wirst du dir über das Fest des „Friedens“ deine eigenen Gedanken machen. Das Bild, das sich dir da bietet, predigt nicht Frieden, sondern Krieg — den Krieg gegen eine Gesellschaft, in der solche Zustände nicht nur möglich sind, sondern sogar als selbstverständlich gelten.

Die Weihnachtsarbeit der Postkinder ist nun in vollem Gange. Wir haben bereits mitgeteilt, welche Maßnahmen getroffen worden sind, um die Hochflut des weihnachtlichen Paketverkehrs zu bewältigen. Das Personal, das in den Paketexpeditionen beschäftigt

wird, ist vermehrt worden, nicht nur durch Beamte, die anderstoo abkömmlich sind, sondern auch durch private Hilfskräfte, die gegen Lohn eingestellt werden. Diese privaten Hilfskräfte, die „Aushelfer“, werden in besonders großer Zahl auf den Postämtern der Bahnhöfe beschäftigt. Die kräftigsten Leute sind es nicht, die sich dazu hergeben, abends von 7—12 Uhr für einen Lohn von 1,50 Mark den Aushelfer zu machen. Auf den Bahnhofsperren laun man sie jetzt beobachten, wie sie zu je zweien die Pakettarren vor sich herziehen, begleitet von einem Postbeamten, der die Aufsicht über sie führt. Die Fahrt geht hinaus nach dem Kuhentron, wo die Pakete verladen werden. Da draußen wird stramm gearbeitet; weder Beamte noch Aushelfer haben Zeit, die Hände still zu halten. Leider ist nicht auf allen Bahnhöfen dafür gesorgt, daß die beim Verladen der Pakete tätigen Personen den nötigen Schutz gegen die Unbilden der Witterung haben. Auf dem Anhalter Bahnhof stehen die Leute bei ihrer Arbeit vollständig im Freien. Wenn ihnen so der eifige Nachwind um die Ohren pfeift, dann leidet mancher von ihnen die Wehthatsarbeit erst recht würdigen. Bei Regenwetter, wie wir es in den letzten Wochen hatten, sind die Leute womöglich noch schlimmer dran. Sollte es denn nicht zu machen sein, daß man hier eine Glashalle aufstellt, die wenigstens von oben her einigen Schutz gewährt? Oder meint man, daß ein Postkoffer sich durch solche Kleinigkeiten nicht aus der Haftung bringen lassen darf und im Dienste einer kaiserlich deutschen Reichspostverwaltung am Ende auch mal sein bißchen Gesundheit riskieren muß?

Opfer der Kälte. Auch am geistigen Abend sind wieder zwei Personen durch Ausgleiten auf der Straße schwer verunglückt. Der 36-jährige Tischlermeister Josef Richter, der vor einigen Tagen nach Berlin gekommen war, um hier Arbeit zu suchen, kam im Friedrichshain zu Fall, schlug auf das Eisengitter und brach beide Unterschenkel. Der Bedauernswerte, der auch seine Frau und fünf unermündliche Kinder aus Dresden mitgebracht hatte, fand in dem nahen Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. — Auf dem Heimwege glitt der Zierstr. 68 wohnhafte Maschinenarbeiter Adolf Hoffmann aus und stürzte so unglücklich auf das Sirohenspflaster, daß er schwer verletzt nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte.

Luzeigergewer Besatz im Sonnenbad. Trotz der strengen Kälte und des starken Schneefalles ließen es sich am Mittwoch zwei Einbrecher nicht nehmen, dem Steglitzer Sonnenbad auf dem „Rauhen Berge“ einen Besuch abzustatten. Sie demolierten die elektrischen Leitungen und stahlen Metallstücke, Blei usw. Die schwere Beute schleppten die Einbrecher nach der Schloßstraße, wo sie von Polizeibeamten eingeholt und verhaftet wurden. Die beiden seltsamen Spitzbuben waren der Arbeiter Karl Klobe aus Berlin und der erst im 18. Jahre stehende Schloßer Willy Reinde aus Steglitz.

Seiner Verletzung erliegen. Der Schriftsteller Dr. Arthur Biehmer, der vorgestern den Hotelwirt Grethe in der Invalidenstr. erschoss und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf jagte, ist infolge der erlittenen Verletzungen gestern nachmittag in der Charité gestorben. Die Verletzung erlitten den letzten anfanglich nicht als lebensgefährlich, später aber stellte sich heraus, daß sie ebenfalls tödlich war.

Zusammengebrosen. Auf dem Heimwege wurde Mittwochabend der 54 Jahre alte Handelsmann Ferdinand Augustin aus der Brenzlauerstr. 50 vom Tode überfallen. Augustin hatte abends dem Straßenhandel obgelegen und brach vor einem Hause in der Kleinen Frankfurterstraße bewußtlos zusammen. Ein Schuhmann des 20. Reviers fand ihn hilflos auf dem Bürgersteig liegen und brachte ihn nach der Unfallstation X in der Reibelstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Hier starb der Mann, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben. — Die 43-jährige Wäckerin E. Lehmann, die in der Lützowstraße gearbeitet hatte, erkrankte vor dem Hause Demerowstr. 14 so schwer, daß sie nicht weitergehen konnte. Eine Frau aus der Nachbarschaft nahm sich ihrer an und brachte sie nach ihrer nahen Wohnung. Als dort ein Arzt zu Hilfe kommen wollte, war sie schon tot. — Beide Leichen wurden zur Bestattung der Todesursache beschlagnahmt.

Ueber die Beziehung der Kriminalpolizei zum Spiritismus hatte kürzlich Dr. Egbert Müller verschiedene Mitteilungen gemacht. Dazu wird nunmehr offenbar von der Kriminalpolizei folgendes festgestellt: Dr. Egbert Müller, der Führer der hiesigen Spiritisten, hat es, wie gemeldet, für angebracht gehalten, über Beziehungen der Berliner Kriminalpolizei zum Spiritismus allerdings Mitteilungen zu machen. Auf solche, die die Beziehungen nicht lernen, mag er damit Eindruck gemacht haben. Daß er aber gerade den „Fall Wende“ besonders zum Beweise heranzog, zeigt doch, daß er bei jenen Mitteilungen wenigstens von allen seinen guten Willen verlassen war. In diesem „Falle“ hat Herr Dr. Müller schon vor 15 Jahren eine — Abweisung erfahren, die er eigentlich nicht hätte vergessen sollen. Am 10. Juni 1890 wurde die Postkassiererin Frau Wende, die genest war, in Abwesenheit ihres Mannes seine Abenteuer zu suchen, am hellen Tage im Tiergarten erschossen. Obwohl Spaziergänger den Mörder noch laufen sahen, entkam er dennoch und blieb unentdeckt. Die Kriminalpolizei arbeitete unter Aufsicht aller Kräfte an seiner Ermittlung, aber der Erfolg blieb aus. Da rief Dr. Egbert Müller die Geister zu Hilfe, die guten, und vieleicht auch die bösen. In einer Versammlung, die er in dieser Angelegenheit veranstaltete, lud er auch die Kriminalpolizei ein. Der damalige Chef Graf Müller folgte als höflicher und liebenswürdiger Mann dieser Einladung mit mehreren seiner Beamten, darunter dem späteren Polizeidirektor von Meerfeldt, Hilffesem. Er wollte sich den Jauber mal ansehen, und zugleich feststellen, ob er nicht als Unfug zu einem Einschreiten Veranlassung gebe. Diese Absichten aber wurden von der Geisterwelt, in die Dr. Müller die Kriminalbeamten an jenem Abend einschleifte, wahrcheinlich durchschaut. Daber kam es wohl, daß der Geist sich weigerte, den Mörder zu nennen. Graf Müller fand in der Versammlung, was er erwartet hatte. Er hatte genug davon; um so mehr war er erstant, als er in den nächsten Tagen die Zeitungen las. Da waren die Verbindungen der Kriminalpolizei mit dem Spiritismus schwarz auf weiß dargestellt, ebenso kräftig, wie Dr. Müller es jetzt wieder schildert. Der damalige Chef der Kriminalpolizei ließ auf diesen Bericht in der Öffentlichkeit keinen Zweifel darüber aufkommen, wie er sich zu den Geistern als seinen Hilfsarbeitern stellte. Dr. Müller aber scheint das übersehen oder vergessen zu haben. Was Herr v. Meerfeldt-Hilffesem damit sagen wollte, wenn er eine nächtliche Sitzung am dem Grabe der Ermordeten mit Rücksicht auf eine mögliche Induktion des Totengrabes ablehnte, scheint er auch nicht recht verstanden zu haben. Aber dieser Herr ist längst tot und Graf Müller noch länger nicht mehr im Amte. Daher konnte Dr. Müller es wagen, seinen gläubigen Wäckeren aufzutischen. In einer Beziehung freilich hat er recht. Eine Verbindung zwischen Spiritismus und Kriminalpolizei besteht bei jeder Zweifelsache. Spiritisten aller Art überhäufen jedesmal die Kriminalpolizei mit Briefen, die alle gelesen werden müssen, bevor man ihre Wertlosigkeit erkennt. Im Falle Rodatus 3 W. gingen jeden Tag 100 bis 150 solcher Briefe ein. Diese zu lesen, kostet leider ein schönes Stück Zeit und Arbeit. Trotzdem sind einige Spiritisten auch noch naiv genug, nach Aufführung des Verbrechens einen Teil der Belohnung zu verlangen.

Der Verband der Glasarbeiter teilt uns mit: Am Sonntag, nachts, ist in der Straßenbahn Klüttriner-Platz—Rohbit, Linie 6, ein kleines Paket mit 8 Mitgliebsbüchern des Glasarbeiter-Verbandes liegen geblieben. Der ebriide Finder wird ersucht aus mitzuteilen wo das Paket abgeholt werden kann, oder dasselbe bei A. Knuffeld, Karlsruhstr. 47, abzugeben. Der Vorstand.

Die Verbandsleitung der Maurer bittet uns um Aufnahme folgender Verlustanzeige: Verloren wurde am Sonntag, den 17. d. M., beim Kassieren in der Emdenerstraße ein Markenbuch des Zentralverbandes der Maurer mit 12 Marken a 65 Pf. und 3 a 25 Pf. Es wird um Abgabe gebeten an Friedrich Wahn (Maurer), Birkenstr. 22, oder im Verbandsbureau der Maurer.